

Der Deutsche Metallarbeiter.

Organ für die Interessen der in der Metall- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementpreis pro Quartal 1 M.
Polzeitungsliste Nr. 1944 a.
Anzeigenpreis die beispaltene Zeile 40 Pfg.
Telephon Nr. 535

Schriftleitung:
Duisburg, Seitenstraße 19.
Schluß der Redaktion: Montag
Abend 6 Uhr.
Zuschriften, Abonnementbestellungen
u. d. d. die Geschäftsstelle Seiten-
straße 19 zu richten.

Organ des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschland

Die Sozialpolitik im Reichstag und ihre Gegner.

Bei der letzten Reichstagswahl sind insbesondere den Arbeitern von den Anhängern aller Parteischattierungen die weitgehendsten Versprechungen gemacht worden. Man wird daher die praktischen Taten dieser Leute aufmerksam beobachten und mit ihren Versprechungen in Parallele setzen müssen. Gelegentlich einer Interpellation über die zu erwartenden sozialpolitischen Regierungsvorlagen, die am 9. und 11. März zur Beratung kam, mußten die einzelnen Parteigruppen Farbe bekennen und es muß anerkannt werden, daß die vorgeschickten Redner der verschiedenen Fraktionen sich auf den Boden einer energischen Fortführung der Sozialreform gestellt haben. Der konservative Redner mahnte allerdings zur Vorsicht und nur der Abg. Dirksen (Reichspartei) schlug unverfälschte Scharfmacheridee an, insbesondere sang er ein Loblied auf die „Gelben“ Gewerkschaften. Damit ist die „Arbeiterfreundlichkeit“ schon allein genügend gekennzeichnet. Die Antwort auf die Herausforderung der „Streikbrecher-Bilden“ gab der Kollege Abg. Giesberts unter lebhaftem Beifall der Mehrheit des Reichstages. Das Ergebnis der weitläufigen Debatte über Sozialpolitik im Reichstag ist die Bestätigung der erfreulichen Tatsache, daß die Übergroße Mehrheit für eine energische Fortführung der Sozialgesetzgebung zu haben ist. Ob nun der Not gehorchend oder dem eigenen Triebe, kann der deutschen Arbeiterschaft vor der Hand gleichgültig sein.

Es wird nun einzig von der Regierung abhängen, ob die Arbeiter endlich sozialpolitische Taten sehen werden oder ob sie sich mit schönen Versprechungen begnügen sollen. Von der größten Wichtigkeit war deshalb die Antwort des verantwortlichen Regierungsvertreters auf die betr. Interpellation, die der Staatssekretär Graf von Posadowsky erteilte. Diese Antwort war um so wichtiger, da gerade in der letzten Zeit die Scharfmacher auf der ganzen Linie im Offenen und Geheimen gegen Posadowsky Sturm laufen, um ihn zu stürzen. Diesen Machinationen der Scharfmacher gegenüber hatte Graf Posadowsky schon in einer früheren Sitzung eine unzweideutige Antwort gegeben. Er werde sich weder durch offene noch versteckte Angriffe der gehässigsten Art abhalten lassen, seine Pflicht zu tun. Man verlange von ihm, er solle ein Staatssekretär gegen Sozialpolitik sein, „aber solange ich an dieser Stelle stehe, werde ich ein Staatssekretär für Sozialpolitik sein.“

In der Antwort auf die Interpellation schrieb der „Graf im Barte“, wie Posadowsky genannt wird, den Scharfmachern dann noch folgendes ins Stammbuch:

„Der Reichskanzler und die verbündeten Regierungen sind fest entschlossen, in der Sozialpolitik fortzuführen. Ob wir Sozialpolitik treiben oder nicht, darüber sind die Ansichten sehr verschieden. Es gibt einen Standpunkt, der auch in Deutschland, wenn auch in verschleierte Form, in der Öffentlichkeit sich bisweilen geltend macht, der, wenn er ganz sein Herz entdeckt, vielleicht erklärt, die Sozialpolitik sei ein verhängnisvoller Schritt. Der Kräftigste in der Welt wird sich behaupten, der Schwache muß untergehen. Die Staaten, die keine Sozialpolitik treiben, sind besser daran, als die anderen. In dieser klaren Form äußert man sich nicht; man erklärt man ist für soziale Reform, bekämpft aber jeden einzelnen Schritt, der auf dem Wege weiterführt. Auf diesem Standpunkt steht nicht der Reichskanzler.

auf diesem Standpunkt stehen nicht die verbündeten Regierungen, und ein Volk, das in diesem Maße in der Volksbildung fortgeschritten ist, stellt höhere Anforderungen auch im Unglück an seine Lebenshaltung, und deshalb kann in einem Volk von dem Kulturstand des deutschen Volkes die Sozialpolitik nicht stille stehen trotz aller stillen und offenen Gegner.“

Diese offene Abjage an die Scharfmacher und sozialpolitisch Reaktionären wirkt erfrischend. Freilich wird sie dem Staatssekretär manchen neuen Gegner verschaffen, doch auf ein paar mehr oder weniger wird es dem Graf im Barte nicht ankommen. Weniger befriedigend waren die Ausführungen des Staatssekretärs zum

Berufsvereinsgesetz.

Die Vorlage sei (wie Maria Stuart) besser gewesen als ihr Ruf. Sie sei vielfach mißverstanden worden und zwar in folgender Beziehung: Die Forderung auf Einführung der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine ging doch, so meinte Graf Posadowsky, von der Grundlage aus, die betr. Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches zu beseitigen und ein anderes Verfahren einzuführen. Diese Forderung war den Berufsvereinen angenehm. Aber wie im Leben, so kommt auch bei der Gesetzgebung der Appetit beim Essen, und so knüpfte man die Forderung daran, die früher nicht in Verbindung mit der Forderung des B. G. erhoben war, man wolle eine Neuregelung des Koalitionsrechtes und des gesamten Vereins- und Versammlungsrechtes, Dinge, die auf einer wesentlich andern Grundlage stehen. Es ist dem Gesetzentwurf auch in der öffentlichen Meinung dadurch in seiner Werthschätzung schwerer Schaden zugefügt worden, daß man behauptet hat, das Gesetz über die Arbeitskammern wolle sich aufbauen auf dem Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, und man wolle an den Arbeitskammern nur diejenigen Arbeitergruppen beteiligen, die innerhalb der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine stehen. Diese Auffassung ist irtümlich. Nach dem Standpunkt, den die verbündeten Regierungen bei der Vorlage des Gesetzes halten, soll das Gesetz über die Arbeitskammern nicht aufgebaut werden auf dem Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Es soll mit dem Gesetz über die Berufsvereine in keinen innern Zusammenhang gebracht werden.

Diese Ausführungen können nicht gerade große Hoffnungen erwecken. Die Schwierigkeiten zur Schaffung eines brauchbaren Gesetzes wollen wir gewiß nicht verkennen, aber die Gewerkschaften mußten sich gegen die Fassung des Entwurfes wenden, weil er ihnen wenig, blutwenig bot. Dafür aber in einigen Punkten direkt gefährlich für die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften war. Die Forderung nach einer Regelung des Koalitionsrechtes und des gesamten Versammlungsrechtes mußte mit zwingender Notwendigkeit in den Vordergrund treten, weil sich eben gerade an der Gesetzesvorlage die Mangelhaftigkeit unseres bestehenden Versammlungsrechtes zeigte.

Mehr Anklang werden die Ausführungen des Staatssekretärs bezüglich der

Arbeitskammern

finden. Zu dieser hochwichtigen und brennenden Frage äußerte er sich folgendermaßen:

„Ich würde es vielleicht für praktisch halten, um ganz unzweifelhaft dieses Mißtrauen zu beseitigen, daß die verbündeten Regierungen sich erst einigen über das Gesetz über die Arbeitskammern und dann erst in Erwägungen eintreten über das Gesetz für die Berufsvereine, ob es wieder einge-

bracht werden soll. Was das Gesetz über die Berufsvereine betrifft, so ist es selbstverständlich, daß nach der verschiedenen Parteien die Regierungen neue Erklärungen anstellen werden, ob und welche Modifikationen daran vorzunehmen sind und ob und wie das Gesetz wieder einzubringen ist. Bei dem jetzigen Stande der Verhandlungen kann ich mich auf keine weiteren Erklärungen einlassen. Wegen des Gesetzes über die Arbeitskammern habe ich mich bereits mit den zuständigen Stellen in Verbindung gesetzt. Die kommissarischen Verhandlungen stehen bevor und soweit, wie ich mich allgemein und unverbindlich äußern kann, nehme ich an, daß in der nächsten Session des Hauses dem Reichstage ein Gesetzentwurf über Arbeitskammern vorgelegt werden wird.

Die letztere Erklärung wird in der Arbeiterschaft mit Befriedigung aufgenommen werden, denn mit der Errichtung von Arbeitskammern dürfte eine der wichtigsten sozialpolitischen Forderungen ihrer Vermittlung entgegen gehen. Dann kam Posadowsky zu der Frage der Verkürzung der

Arbeitszeit für Arbeiterinnen

zu sprechen und führte hierzu folgendes aus:

„Ich bin der Ansicht, daß in einer Zeit, wo sich die preussische Staatsregierung und zahlreiche andere Betriebe zur neunstündigen Arbeitszeit für Männer übergegangen sind, die elfstündige Arbeitszeit der Frauen nicht länger aufrecht zu erhalten ist. Der gesunde Körper der Frau, der uns das künftige Geschlecht liefern soll, ist in unserem Volkleben ein so wichtiger Faktor, daß wir bei unserm fortschreitenden Arbeitssystem, das auch mit fortschreitenden Gefahren für Gesundheit und Leben verbunden ist, dieser Frage ein aufmerksames Auge zuwenden müssen. Ich bin mit dem preussischen Handelsminister darin einverstanden, daß der zehnstündige Arbeitstag der Frauen eingeführt werden muß und ich hoffe, daß die verbündeten Regierungen einer Vorlage zustimmen werden, die diese Einführung ausspricht. Ich hoffe, daß in der nächsten Session dem Reichstag eine entsprechende Vorlage unterbreitet werden kann. Aber es wird notwendig sein, für die Einführung des 10stündigen Arbeitstages der Frauen eine gewisse Uebergangszeit und gewisse Ausnahmen zuzulassen. Unter dieser Voraussetzung bin ich mit dem preussischen Handelsminister einig, daß die Gesetzgebung in dieser Richtung unter allen Umständen zu ändern ist. Dabei komme ich auf die Frage zu sprechen, die der Reichskanzler hier angeregt hat, auf die Frage einer

Reform des Vereins- und Versammlungsrechtes.

Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt nach Artikel 4 der Verfassung der Aufsicht des Reiches. Wenn der Reichskanzler erklärt, er denke an eine Reform des Vereins- und Versammlungsrechtes, so hat er diese Erklärung mit der Vorsicht und Zurückhaltung abgegeben, und abgeben müssen, die er dem Bundesrat, der gesetzgeberischen Versammlung des Deutschen Reiches, selbstverständlich schuldet. Aber er hat damit auch ein Programm geäußert. Er hat erklärt, daß er eine Reform des Vereins- und Versammlungsrechtes für wünschenswert und für notwendig hält, und daß er bereit ist, diese Sache in die Hand zu nehmen und zu fördern. Das ist schon ein erheblicher Fortschritt gegenüber den bisherigen Zuständen der Entwicklung. Das ist nicht nur ein Versprechen, sondern diese Erklärung wird Gegenstand sehr ernstlicher Verhandlungen im Reich und in Preußen werden müssen. Wer freilich bei

Men diesen Fragen auf sozialpolitischem Gebiete auf allgemein-politischem Gebiete, wie im einzelnen, ist die Voraussetzung die, daß die Forderungen sich in den wirtschaftlich und politisch möglichen Grenzen halten."

Manches wird der Werkverächter an dieser Stellung der Regierung zu den wichtigsten Fragen der Sozialpolitik auszusagen haben. Doch an dem guten und ehrlichen Willen des Lokomotivführers der sozialen Gesetzgebungsmaschine, des Grafen Posadowsky, ist nicht zu zweifeln. Ihm bringt insbesondere die christlich-nationale Arbeiterpartei unbedingtes Vertrauen entgegen. Sie würde dem Grafen Posadowsky, falls er den Scharfmachern gelingen sollte, als einen Schlag ins Gesicht empfinden und ferner als das unersetzliche Anzeichen dafür, daß man es „oben“ mit einer energiegelichen Sozialpolitik nicht ernst meint. Ein diesbezüglicher Erfolg der Scharfmacher würde aber auch auf der andern Seite mit einem Triumph der Sozialdemokratie gleichbedeutend sein, der schon die Hege gegen Posadowsky willkommener Agitationsstoff bietet.

Die Scharfmacher fahren jetzt nämlich zur Freude der Sozialdemokraten schon schwereres Geschütz auf. Das Berliner Scharfmacherorgan „Die Post“ schreibt nämlich mit giftiger Bosheit zu dem Hege Posadowsky im Reichstag folgendes:

„Er konnte es sich nicht verüben, wieder ironische Bemerkungen zu machen über politische Kreise, die, wie er sagte, vielfach in verschleierte Form gegen die Sozialpolitik des Reiches ankämpfen, indem sie behaupteten, sie seien Freunde sozialer Reformen, in der Tat aber jeden einzelnen Schritt vorwärts zu hemmen trachten. Und dieses Thema von den „stillen und offenen Gegnern“ variierte der Herr Staatssekretär mehrfach. Ueber den Geschmack läßt sich natürlich nicht streiten; sogar einem Staatssekretär darf man es nicht verwehren, seinen eigenen Geschmack zu besitzen. Wenn wir uns auch nicht berufen fühlen, den Anwalt der vom Grafen Posadowsky so liebenswürdig geschilderten Politiker zu spielen, sondern denen, die sich getroffen fühlen, die Wahrung ihrer Sache selbst überlassen müssen, so wagen wir doch zu bezweifeln, daß die vom Herrn Staatssekretär gewählte Methode geeignet ist, die „Bilderplatten“ vor seinen Wagen zu spannen.“

Ueber diese Hege jubelt die radikale rote Presse. Die Leipziger Volksztg. höhnt über den 12 000 Mk.-Grafen und Buchfreund, der den Berufsvereinen „Halsstricke legen wolle“ und dem nun doch noch trotz alledem von den Scharfmachern die „Lebensluft“ abgequ海岸t“ werden solle. Und dann höhnt der berühmte Franz Mehring weiter:

„In dem vielgerühmten „Lokomotivführer der deutschen Sozialpolitik“ sehen wir nur den Pöbelhering, die lustige Person, die mit sozialpolitischen Märschen das Parterre über den ureaktionären Kern der Regierung hinwegtäuschen soll. Ob er scheitert oder bleibt, ist ein Ding. Aber die Posadhege ist neben der Generalsammlung der Steuer- und Wirtschaftsreformer das bezeichnendste Symptom für die Lage, die die Wottentwahlen geschaffen haben. Mit zügelloser Frechheit drohen die agrarischen Kripenreiter alles niederzureißen, was sich ihrer Beutegier in den Weg stellt. Sie schiden sich an, mit dem offiziellen Vertreter der sogenannten Sozialpolitik zu beginnen, in der Hoffnung, daß mit dem Herzog auch der Mantel fällt. . . .“

Also auch hier sehen wir wieder die Scharfmacher von rechts und die Klassenkämpfer von links an einem Seil ziehen. Gleiche Brüder, gleiche Pappeln. Die christlich-nationale Arbeiterpartei ist Gott sei Dank heute schon so weit erstarrt, daß sie als machtvoller und richtungsgebender Faktor die Mittellinie zu stützen im Stande ist. Die Stärkung der christlichen Arbeiterbewegung ist deshalb schon allein ein Stück Sozialpolitik. Vom neuen Reichstag und der Staatsregierung aber erwarten wir jetzt auch endlich Taten, denn nur dadurch kann allen Scharfmachereien und Hezerereien praktisch entgegengetreten und das wahre Volkswohl gefördert werden.

Wirtschaftspolitische Umfragen.

Die Gefahr für das wirtschaftliche Leben besteht gegenwärtig in der Geldverknappung. Nach der letzten Abwicklung der Verpflichtungen an den letzten Quartalschluß konnte diese Behauptung sonderbar erscheinen, sie ist es aber nicht, wenn man an die Bedeutung des Geldes für den Bau-

markt denkt. An sich spielt der hohe Zinssatz, den der mit Kredit arbeitende Gewerbetreibende und Industrielle heute zahlen muß, nur dann eine große Rolle, wenn er unter schlechten Konkurrenzbedingungen produziert. Das aber ist heute nur noch selten der Fall. Wir haben fast auf allen Gebieten Kartelle, Syndikate und Konventionen, die die Preise stets in kurzen Zeitabschnitten „regeln“. Das heißt erhöhen. Diese „Regelung“ erfolgt natürlich stets um so gründlicher, je schwieriger die Produktionsverhältnisse sind. Die „reinen“ Weiterverarbeitungswerke, die mit der Konkurrenz der großen „gemischten“ Betriebe rechnen müssen, müssen da freilich eine Ausnahme, aber bei der Bildung von Syndikaten ist man immer bemüht gewesen, sie mit hineinzuziehen, und ihnen annehmbare Existenzbedingungen zu schaffen. Zugute kommt ihnen auch die starke Nachfrage nach Industrieprodukten aller Art, so daß sie gleichfalls, auch wenn sie allein stehen, gute Preise zu erzielen vermögen. So schützt der gute Absatz den Gewerbetreibenden vor der Erstickung durch die hohen Zinssätze.

Anders liegen die Dinge auf dem Baumarkt. So wie sich die Wohnungsverhältnisse der Großstadt entwickelt haben, ist das „Hausbesitzen“ eine Spekulation und sie bleibt es auch. Wenn das private Unternehmertum hinreichende Wohnungen schaffen will, muß es Wahrscheinlichkeitsrechnungen aufmachen. Diese aber sind bei der Vorbildung und dem Verufe vieler Baupespekulanten und Hausbesitzer zur Beurteilung sozialer Probleme meistens nichts weniger als zuverlässig, zumal auch viele Baupespekulanten glauben, durch ihre besonderen Maßnahmen Schäden, die der Durchschnitt des Hausbesitzerstandes erleiden muß, abwehren zu können. So wird „darauf Losgebaut“, und das ist in den letzten Jahren in einer Weise geschehen, daß in zahlreichen Großstädten das Wohnungsbedürfnis voll auf gedeckt ist. In Berlin, Leipzig, Dresden, Frankfurt u. herrscht ein Ueberangebot auf dem Wohnungsmarkte, wenigstens in einzelnen Wohnungsarten. Die Folge davon sind gegenwärtig in Berlin zahlreiche Versteigerungen von Häusern, weil die Besitzer nicht in der Lage sind, bei Hypothekensfundgebungen neue Gelder aufzubringen. Die Mietslöhne lassen sich nämlich nicht so schnell wie bei der Industrie die Preise in die Höhe treiben und die großen Gewinne, die da die Baupespekulanten zu machen verstanden haben, indem sie die Mietspreise hoch treiben, sind längst in Gestalt von Verkaufskapitalisiert und ins Meine gebracht worden, wobei natürlich der Käufer dann den kürzeren zieht, sobald es mit dem Vermieten nicht klappt. Auf die Bautätigkeit übt das natürlich einen sehr hemmenden Einfluß aus, und die Folge davon ist, daß die Eisenindustrie immer weniger für den Baumarkt in Anspruch genommen wird.

Daß dieser Rückgang des Absatzes von Baumaterialien schon jetzt zu verzeichnen ist, unterliegt keinem Zweifel mehr. Die Marktberichte vom Eisenmarkt klingen durchweg weniger freudig. Man konstatiert zwar überall gute gesunde Verhältnisse, die großen Werke melden durchweg weiter von einer Befestigung des Wertes mit Aufträgen über eine längere Zeit, aber die bestimmten Mitteilungen, daß alle Werke der einzelnen Betriebszweige auf 3 oder 4 Monate mit Spezifikationen versehen sind, sind allmählich ausgeblieben. Dabei hat man es nicht mit einer örtlichen Erscheinung zu tun. Nicht bloß in Deutschland zeigt sich das, die Eisenmarktberichte lauten gegenwärtig auch aus England und aus Amerika unbefriedigend. So wurde kürzlich aus Glasgow ein direktes nicht unerhebliches Nachlassen der Preise gemeldet. Offenbar hatte man es mit einer Wache der Spekulation an der dortigen Eisenbörse zu tun, aber auch bei uns nahm man diese Erscheinung ziemlich ernst auf.

Die Erkenntnis, daß der Höhepunkt überschritten sei, beschäftigt auch die Verwaltung der großen Werke. So hat die Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft dem Zweifel an der Fortdauer der Konjunktur offen Ausdruck gegeben und wenn die Verwaltungen anderer Werke es auch meistens weniger offen aussprechen, sie alle stehen unter dem Banner dieser großen Frage. Auch der Presse bemächtigt sich dieses Gefühl. So fand kürzlich in dem Organ der Ruhrkohlenunternehmer zu lesen, die Reichsbank habe durch ihren hohen Diskontsatz die „Konjunktur zertrümmert“. Als ob der Zinssatz der Reichsbank etwas anderes wäre als eine Antwort auf die starke Anspannung des Geldmarktes! Bezeichnend daran bleibt aber, daß das Wort mit einem baldigen Zusammenbruch der gegenwärtigen Herrschaft rechnet.

Merkwürdig war, wie die Börse hierauf reagierte. Hätte man diese gesamten ungünstigen Erscheinungen auf einmal aufs deutsche Publikum wirken lassen, dann wäre die Folge davon ein baldiges Zurückweichen der Kurse gewesen. Das dürfte daher nicht geschehen, und um es zu verhindern, wurden nacheinander tolle Treibereien nach beiden Richtungen in den Bergwerkpapieren, dann allerlei Verschmelzungskombinationen von großen Eisen- und Stahlfabrikanten und schließlich ein beständiger Schwindel mit amerikanischen Eisenbahnaktien ins Werk gesetzt. In Amerika hat man Geld nötig, und so kommandieren die Gewaltigen der New Yorker Börse einfach, daß Aktien der amerikanischen Eisenbahn nach Europa zu vertreiben sind. Ob die Papiere schlecht sind, oder nicht, darauf kommt es dabei nicht an. Man wird schon die nötige Klamme in der beständigen Börsenpresse zustande bringen. Die Banken machen ja auf jeden Fall ihr Geschäft dabei durch die Vermittlung des Verkaufs. Also wird das schon gehen, und es ging.

Von Erheblichkeit ist es für die Beurteilung der Sachlage noch, daß die Neubauten fast allenthalben ihr Ende gefunden haben. Zwar gehen kleinere Börsenleute gern an die „Sanierung“ von Werken heran, die bis dahin schlecht gestanden haben. Sie wollen dabei aber meistens weniger die Entwicklung des Wertes fördern, als vielmehr ein fettes Geschäftchen machen. Viel Geld aber darf dabei nicht aufgewandt werden und daher sind die aus diesen wenigen neuen Reorganisationen zu erwartenden Aufträge für die Industrie nicht von Erheblichkeit. Neugründungen und beachtenswerte Werksvergrößerungen sind gegenwärtig gleichfalls nicht zu verzeichnen.

Die Annahme, daß wir den Höhepunkt der Konjunktur bald überschritten haben und einer schlechteren Periode entgegengehen, hat also sehr viel für sich. Es wird sich nun fragen, wie die Krise aussehen wird, ob sie sich bald wird überwinden lassen, ob sie mit großer Schärfe durchgreifen wird oder nicht. In dieser Beziehung sprechen die Syndikate ein wichtiges Wort mit. Sie umfassen heute so ziemlich alle Industriezweige. Die Voraussetzungen für eine ungemäht erzießliche Wirksamkeit wäre also gegeben. Es fragt sich nur, ob sie das auch tun werden. Zweifellos hat die Erziehung durch die öffentliche Meinung gegenüber den ganz großen Syndikaten und Kartellen und Verbänden in den letzten Jahren ihre Schuldigkeit getan. Auf jeden Fall wird die Tätigkeit z. B. des Kohlsyndikats oder des Stahlwerkverbandes ausgleichend auf den Wechsel der Konjunktur einwirken. Aber werden die Syndikate über die Erneuerungsschwierigkeiten hinwegkommen? Gerade die genannten beiden größten Verbände kämpfen seit längerer Zeit um die Erneuerung ihrer Syndikatsverträge, die in Jahresfrist ablaufen werden. Ihr Zusammenbruch würde das hat der preuß. Finanzminister v. Rheinbaben neulich bei der Staatsvorlesung im preuß. Abgeordnetenhaus ziemlich deutlich ausgesprochen, die deutsche Industrie in eine Unklarheit und Verwirrung stürzen müssen, die das ganze Volk aufs schwerste schädigen könnte. Da ist es mit Freuden zu melden, daß bei beiden Organisationen die Schwierigkeiten der Wiedererneuerung allmählich zu verschwinden scheinen. Beim Siegerländer Kohlsyndikat scheint man das leider nicht sagen zu dürfen, aber bei den schwierigen Existenzverhältnissen, unter denen gerade dieser Teil der deutschen Hüttenindustrie leidet, ist die Erneuerung der Verträge immer ein Werk des letzten Augenblicks gewesen, so daß man heute Folgerungen aus dem mißlichen Stande der Dinge nicht zu ziehen vermag.

Zum Schluß die erheblichsten Resultate des Januarabschlusses bzw. einige Schätzungen für den Apriltermin. Sie zeigen fast alle wieder, daß die Industrie eine ungewöhnliche gute Periode hinter sich hat:

	1905	1906
Rhein-Nassau, Stolberg		26 %
Elektrotechnische Fabrik Rheinl. Bergsch. & Co. A.-G.	8 %	8 "
Kaiserl. Stahlwarenabri.	6 "	6 "
Wegelin u. Häbner Maschinenfabri.	8 "	10 "
Salz u. S.	8 "	8 "
Eisenhüttenwerk Thale		8 "
Waldenwerk Schulz-Knaudt, Essen	7 1/2 "	11 "
Maschinen- u. Armaturenfabri. vorm. Breuer	8 "	9 "
Magdeburger Straßenisenbahngesellsch.	8 "	8 1/2 "
Leipziger Werkzeugmaschinenfabri. vorm. Rittler A.-G.		20 "

Milowitzer Eisenwerke A.-G.	7 %	8 %
Maschinen- u. Armaturenfabrik vorm. C. Bouts Strube	4 1/2 "	8 "
Gebr. Krüger u. Co. A.-G.	9 "	10 "
Veraltete Märktische Industriegesellschaft Barmen,		7 1/2 "
Wbler-Fahrradwerke vorm. Kleyer	20 "	25 "
Ludw. Loewe & Co. A.-G. Berlin	12 "	16 "

Die Arbeiter der Metall- und Hüttenwerke aber müssen immer wieder darauf aufmerksam gemacht werden, daß sie an dem Segen der guten Zeit wenig Anteil haben. Sie müssen den Ausbau ihrer Organisationen als die brennendste und wichtigste Aufgabe der allernächsten Zeit betrachten, um gegen alle Wechselfälle des Lebens gesichert zu sein und ihren Anteil an dem Ertrag der Industrie zu erlangen.

Hirsch-Dunker'sche Eisengussarbeit in Saarabien.

Der Feindschaft Aller Ende ist zu hoffen, Nur dessen nicht, der Feind dir ist aus Reid.

Mit den heftigsten Anwendungen von Wut und Mergel sehen die Gegner den christlich-sozialen Metallarbeiterverband sich entwickeln. Um nun zu beweisen, daß sie ebenfalls noch am Leben sind und auch dabei sind, wollen die Hirsch-D. jetzt plötzlich auch von sich reden machen. In aller Erinnerung ist noch die Geldentat eines Hartmann in Note Erde bei Nachen, der im vergangenen Jahre die Hüttenarbeiter dort in so schmähtlicher Weise hereingelegt hat. Heute glaubt kein Mensch mehr daran, daß den Arbeitern durch die Hirsch-Dunker'schen Gewerksvereine ihre Lage verbessert werden könnte.

Auch im Saarrevier begehrte diese Scheinorganisation seit ungefähr 30 Jahren. Bis zu dem Augenblick, wo der christlich-soziale Metallarbeiterverband die Arbeiter in Burbach an ihre Menschenrechte erinnerte und dieselben verteidigte, hörte man nichts von den Hirsch-D. Kaum waren die ersten Versammlungen unseres Verbandes in Burbach gewesen, da erwachten auch diese Leute aus dreißigjährigem, tiefen Schlummer, um sich auch ihren Anteil zu holen. Trotzdem diesen Herrn stets ein Lokal zur Verfügung stand in Burbach, glaubten sie bei Schweinhardt, dem Versammlungslokal des christlichen Metallarbeiterverbandes, mit ihrer „billigen Ware“ ein Geschäftchen machen zu können. Weil der Wirt das Lokal schon zugekagt hatte, fiel es den christlichen Gewerkschaftlern nicht ein, den Hirsch-D. Schwierigkeiten zu machen. Nur die Einladung zu der Versammlung bedurfte einer Erklärung, weil in demselben Lokale Abends eine Versammlung unseres Verbandes stattfand. Wie wenig die Arbeiter in Burbach von dieser Nacharbeiterorganisation wissen wollten, zeigte der Besuch. Der Herr Bezirksleiter konnte unter Anwesenheit von 30 Zuhörern seine Schimpfereien auf den christlich-sozialen Metallarbeiterverband vom Stapel lassen.

Abends fand dann eine große Versammlung der christlichen Metallarbeiter von Burbach statt, in der von heller Begeisterung getragen, unsere Mitglieder gelobten, alles einzusetzen zu wollen für die Hebung ihres Standes auf christlicher Grundlage. Aus Wut über diesen gründlichen Vereinfall aus eigener Erbarmlichkeit, gaben die Hirsch-D. dann ein Flugblatt heraus, worin sie unter wüsten Ausfällen auf die Christlichen ihre Ware recht billig und zwar für 25 Pfg. die Woche anbieten. Alles, alles hat nicht geklappt. Die Hüttenarbeiter im Saarrevier warfen dieses Pamphlet achtlos beiseite und die christlichen Gewerkschaftler handelten nach dem Sprichwort:

Die Antwort für die Katzen ist — Schweigen.

Nachdem ist ein Jahr ins Land gezogen und die Zahl der christlichen Metallarbeiter, sowie ihr Einfluß wächst von Tag zu Tag, von den Hirsch-D. hörte man aber eine geraume Zeit nichts mehr.

Um nun aber doch wenigstens Jemanden zu haben, der hinter dem christlichen Metallarbeiterverband herläuft, um die geleistete Arbeit zu beschweren und Schaden zu machen, stellte ein hoher Generalrat dann Herrn Wolter in Saarabien an. Ob dieser große Geist aber noch recht seine Tätigkeit besinnen konnte, erreichte ihn das Schicksal. Wegen chronischem Geldmangel und weil in Saarabien für die Hirsch-D. keine Vorbeeren zu holen sind, machte das Sekretariat die „billige“ Volksbefreiung nach einem Vierteljahr schon bankrott. Vor seinem Scheiden aber möchte Herr Wolter dem hohen Generalrat beweisen, daß

er doch der richtige Mann in Saarabien ist und daher folgt er wieder den Spuren des christlich-sozialen Metallarbeiter-Verbandes.

Sein Abschieds-Wirkungskreis soll Brebach sein, wo unser Verband nach langer Kleinarbeit vor ca. 14 Tagen seine erste Mitgliederversammlung abhalten konnte, die natürlich einen glänzenden Besuch aufzuweisen hatte. Den „Hirschen“ standen schon immer Lokale in diesem Orte zur Verfügung, aber Mitglieder keine. Jetzt, nachdem ohne Versammlung und ohne Lokal es den christlichen Metallarbeitern gelungen war, den Gruppen Burbach und St. Ingbert, Brebach ebenbürtig an die Seite zu stellen, erschien auch Herr Wolter und brüllte: „Zur Geschäftsordnung“. Von dem Leiter der Versammlung erhielt er natürlich die richtige Antwort und wie ein begossener Pudel mußte er unter dem Gelächter der Anwesenden abziehen.

Jetzt verbinden sich in Brebach neuerdings alle bösen Geister gegen uns und suchen, nachdem es nicht möglich ist, die Arbeiter von unserm Verband abzuhalten, unsere Mitgliederversammlungen zu stören. Mit Feuerwerkskörper bewaffnet, schleichen sich Plegel ein und trachten diese während des Vortrages an. Die Hirsch-D. stellen sich mit Flugblätter von Anno Toback, die voriges Jahr schon verteilt wurden, vor das Lokal. Der gelbe Hüttenverein arrangiert Versammlungen in allen Dörfern, aber die große Mehrzahl der Arbeiter sagt: „Wir sind christliche Gewerkschaftler.“ Jetzt ist in jüngster Zeit alle Hoffnung der gelben Hüttenvereiner gerichtet auf die „Hirsche“, und auch die Hüttenknechte freuen sich schon der kommenden Taten dieser Gesellen gegen den christlichen Metallarbeiterverband. Um recht wirksam vorgehen zu können und ganze Arbeit zu machen, soll (so erzählen sich die Arbeiter auf der Hütte) Wolter mit ungefähr hundert Mann, unterstützt von den gelben Hüttenvereiner, unter Assistenz der Plegel mit den Feuerwerkskörpern in unsere Mitgliederversammlungen kommen.

Diese Gerüchte entsprechen der Wahrheit und in einer Versammlung seiner paar Duzend Mitglieder hat Wolter den bösen christlichen Rache geschworen, weil er nicht Reserent sein kann in unseren Mitgliederversammlungen.

Nun ist es ja nur zu bekannt, daß dort, wo Rabau zu erwarten steht, auch der Janhagel sich einfindet, um sein Teil mit beizutragen.

Zweimal waren die christlichen Metallarbeiter so anständig, den Eindringlingen in anbetend ihrer Erbfehler mildernde Umstände zuzubilligen. Zum dritten Male dürfte das nicht mehr der Fall sein, denn es wäre doch schlecht bestellt um das Selbstbewußtsein der christlichen Metallarbeiter in Brebach, wenn sie nicht einen dritten Versuch, die Mitglieder der Versammlungen zu sprengen, mit fühlbarer Deutlichkeit abweisen würden. Ebenso wie zur Zeit in Burbach Genosse Böcker in der Versammlung keine Zeit mehr übrig hatte, als es seinem Nebenmann zuraunte: „Jetzt müssen wir sprengen“ dürfte der Herr Wolter keine Vorbeeren ernten.

Jedem vernünftigen Arbeiter aber leuchtet heute ein, wie erbärmlich es bestellt ist um die Fähigkeit der Hirsch-D. Arbeiterinteressen zu vertreten. Dort aber, wo der christlich-soziale Metallarbeiterverband kraftvoll eintritt für die Interessen der Arbeiterschaft, leisten diese Gesellen dem Kapital mit den gelben Hüttenvereiner Handlangerdienste. Machen nun aber, nachdem Rache nicht geklappt hat, die christlichen Gewerkschaftler einmal Gebrauch von ihrem Handrecht, um sich die Mitgliederversammlungen nicht hören zu lassen, dann jammern diese Erbsen um Mitleid und vergießen Tränenströmen, weil sie herausgeworfen wurden.

Die beste Antwort auf ein solches Verhalten aber ist für alle christlich gesinnten Metallarbeiter: Hinein in unsern Verband und mit ihm einer besseren Zukunft entgegen.

Den Kollegen in Saarabien aber kann nur empfohlen werden, ebenso wie bisher diese paar Hirsch-D. Rabaubrüder unbesetzt laufen zu lassen. Denn:

Wer einen Efel wäscht,
Sich Wasser und Seife verdirbt,
Wer einen Dammnen lehr,
Sich Mühe, doch Lohn nicht, erwirbt.

Eadi.

Arbeitsverhältnisse im Münster- und Lipper-Land.

1. Bld.

„Nochige Zustände“ für die Metallarbeiter herrschen noch in Wöhlen, einem Städtchen im Münsterlande. Vorherrschend ist hier die Emaille-Industrie. Die Fabrikanten haben hier — natürlich aus „Fürsorge“ für den Arbeiter — einen Arbeitsnachweis errichtet. Derselbe funktioniert folgendermaßen: Will jemand hier am Orte Arbeit nehmen, so geht durch vorgenanntes Bureau. Das war ja an sich nicht so schlimm. Böse sieht die Sache aber aus, wenn ein Arbeiter, der schon bei einem dieser Wöhler Fabrikanten beschäftigt ist, seine Arbeitsstelle wechseln will. Bevor er bei dem andern Unternehmer eintreten kann, muß der erste Unternehmer seine Einwilligung — den sogenannten Freischein — gegeben haben. Geschieht das nicht, so bekommt der betreffende Arbeiter in der Metallbranche Wöhlen keine Arbeit. Er wird für drei Monate ausgesperrt d. h. er muß, um in Wöhlen wieder Arbeit zu bekommen, drei Monate auswärts gearbeitet haben.

Wie kraft von diesen Herren der Machtstandpunkt vertreten wird, zeigt folgender Fall: Am 3. Dezember des vergangenen Jahres hört ein Arbeiter bei — nun sagen wir Unternehmer B. I. auf. In Wöhlen bekommt er keine Arbeit, geht deswegen zu einem auswärtigen Unternehmer. Am 3. Februar ist hier die Arbeit alle. Nun bemüht er sich wiederum in Wöhlen um Arbeit und kann auch beim Unternehmer B. II Arbeit erhalten, vorausgesetzt, wenn B. I. damit einverstanden ist. Jetzt geht die Hege los. Zuerst wird er zum Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes geschickt, ob der damit einverstanden ist, der sagt auch ja. Aber Herr B. I. sagt nein, und der Arbeiter ist für die nächsten vier Wochen wieder ausgesperrt. Wovon der Arbeiter mit seiner Frau und fünf Kindern die Zeit über lebt, was kümmert das Herrn B. I.

Die Gerichte gegen diese Auszehrungspolitik anzurufen, geht nicht gut, weiß dann an den einwandfreien und eingeweihten Zeugen fehlt; denn dieses könnte ja nur ein Unternehmer sein. Aber eine Krähe haßt bekanntlich der anderen kein Auge aus.

Wie diese Wöhler Unternehmer noch Arbeiter finden können, ist uns unverständlich, wenn berücksichtigt wird, daß hier durchschnittlich die 11stündige Arbeitszeit herrscht; auf einer Fabrik sogar 11 Stunden 20 Minuten. Der Lohn — für 11 Stunden — 2.70 bis 3.50 Mark beträgt. Von Ventilation, Waschräumen, Bedürfnisanstalten u. ganz zu schweigen, die gibt's ja wohl, aber was für welche, doch davon nächstens. Kürzlich fiel in einer Versammlung für den berühmten Arbeitsnachweis der Ausdrucks-Maßregelungsbureau und wahrlich mit Recht. Sollen diese menschenunwürdige Zustände gebessert werden, so gibt's nur ein Mittel: die Organisation. Wie sehr auf diesem Gebiete gesündigt worden ist von Seiten der Arbeiterschaft, zeigt folgender Vorgang: Bis zum Jahre 1901, dem Krisejahre, hatten die Arbeiter auf einer Fabrik die 10stündige Arbeitszeit. Da gab's einen Abzug, von 20 Proz. Die Arbeiter umorten hiergegen, nun, „dann könnt ihr ja eine Stunde länger arbeiten, dann verdient ihr ja doch auch so viel, um auskommen zu können“, hieß es. Und die Arbeiter geben sich zufrieden. Warum? Organisation war nicht vorhanden, und das ist ein feststehende Tatsache, überall da, wo die Arbeiterschaft glaubt, ohne Organisation auskommen zu können, da werden nicht die Lohn- und Arbeitsverhältnisse gebessert, sondern verschlechtert, wie folgende zeigt.

Darum Arbeiter von Wöhlen, aufgewacht, herein in den christlichen Metallarbeiterverband, damit die Morgenröte einer besseren Zukunft nicht zu lange auf sich warten läßt.

2. Bld.

In Hamm, einem freundlichen Städtchen an der Lippe mit einer blühenden Drahtindustrie, bemüht man sich auch, den Arbeiter an die Scholle zu fesseln. Auch hier besteht eine stillschweigende Uebereinkunft zwischen den Unternehmern, Arbeiter, welche von einem Werk zum andern gehen wollen, auszusperren. Eigentümlich, Arbeiter, die von auswärts kommen, die stellt man ein, aber Arbeiter aus Hamm — alles besetzt — lautet hier stereotype Antwort und der Arbeiter kann für ein Vierteljahr wo anders sein Domizil aufschlagen. In den Feuerbetrieben der Union besteht das berühmte Prämienaffordsystem nach drei Etagen, und wie hierbei den Arbeitern mitgespielt wird, darüber später. Die Unter-

Soziale und gewerkschaftliche Rundschau.

Reichskanzler und Tarifverträge.

Die „Soziale Praxis“ veröffentlicht folgendes Schreiben des Reichskanzlers an die Gesellschaft für soziale Reform:

Berlin, 11. März Von dem mir übersandten Protokoll über die letzte Generalversammlung der Gesellschaft für soziale Reform habe ich mit Interesse Kenntnis genommen. Gegenüber den Hemmnissen, die selbst bei gutem Willen der Beteiligten dem Abschluß von Tarifverträgen in der Großindustrie entgegenstehen, ist in den dort gepflogenen Verhandlungen mancher dankenswerte Hinweis gegeben worden, wie mit Hilfe eingehender Sachkenntnis und verständlicher Gesinnung es gelingen könnte, der Schwierigkeiten Herr zu werden. Im Interesse des sozialen Friedens und unserer wirtschaftlichen Entwicklung hoffe ich, daß bei einer weiteren Vertiefung dieser Frage eine oder die andere jener Anregungen sich als zweckdienlich erweisen und zu einer Verminderung der Arbeitskämpfe führen wird.

Viel ist ja nicht damit gesagt, doch ist es gut, daß der erste Reichsbeamte sich den Tarifverträgen wenigstens sympathisch gegenüberstellt. Eine direkte Empfehlung, wie z. B. der bairische Ministerpräsident v. Podewils im bayr. Landtag aussprach, ist es nicht, doch das wenige wird den Schachmachern schon Herzbeklemmungen verurrsachen.

Kapital und Arbeiter.

Es ist nicht uninteressant, eine kurze Zusammenstellung zu geben über das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit.

Die amerikanische Eisen- und Stahlindustrie besaß im Jahre 1900 300 000 Millionen Mark Anlagekapital und beschäftigte mit diesem Kapital 737 986 Arbeiter. Die Löhne, die an diese Arbeiter ausgezahlt werden, betragen 7600 Millionen Mark. Im Jahre 1904 war das Kapital auf 460 000 Mill. Mark angewachsen, hatte also in den 4 Jahren beinahe um 50 Proz. zugenommen. Die Anzahl der Lohnarbeiter war von 737 000 auf 857 000 gestiegen. Die Löhne waren von 7600 Millionen Mark auf 9600 Millionen angewachsen.

Die Produktionen waren von 14,4 Millionen Tonnen auf 23 Millionen Tonnen gewachsen. Die Zunahme des verarbeiteten Materials ist also in beinahe demselben Verhältnis gewachsen wie das Kapital, dagegen hat die Zahl der Lohnarbeiter bez. die Gesamtzahl der Löhne mit der Zunahme nicht gleichen Schritt gehalten. Es ist dies zum größten Teil auf Verbesserungen der Fabrikationsmethode zurückzuführen, wodurch die Herstellungskosten wesentlich reduziert worden sind.

Arbeiter-Wohnungs-Fürsorge.

Ein Verbandskollege aus Kassel schreibt uns: Die königl. Regierung in Kassel will soziale Arbeiterwohnungs-wesen betreiben. Folgendes Projekt soll zur Ausführung kommen:

Die Regierung will Land ankaufen zum Bau von Arbeiterwohnungen. Ein jeder Arbeiter bekommt einen halben Morgen Land, auf diesem soll ein einstöckiges Gebäude errichtet werden, das folgendermaßen eingerichtet werden soll: Parterre mit 2 Zimmern und Küche; 1. Stock mit 3 Zimmern und dann sollen Stallung für Scherine und Ziege dabei sein. Das übrige Land soll für Kartoffeln und Gemüse angebaut werden. Das Grundstück würde mit Grund und Gebäude 7 bis 8000 Mk. im Voranschlag zu bringen sein (Wie wir ausgerechnet haben, wird es aber bedeutend billiger werden). Bei 3 1/2 Prozent Zinsen und 1/2 Prozent Abtrag würden rund 320 Mark Zinsen jährlich mit Abtrag zu bezahlen sein; auch wird das Gebäude gerichtsurkundlich auf den Namen des betr. Arbeiters eingetragen werden.

Wir Arbeiter hier in Kassel sehen diesem sozialen Werke der Regierung mit Freuden entgegen, sind doch die Wohnungsverhältnisse sehr verbesserungsbedürftig, die Räte für große Arbeiterfamilien bald unerschwinglich.

Die rote Zwangsjacke.

Wie die Mitglieder der „freien“ Gewerkschaften zu Vollblutsozialdemokraten gezogen werden müssen, lehrt die diesbezügliche Erziehungsmethode der Ortsverwaltung Berlin des „unfreien“ deutschen Metall-

arbeiterverbandes. Kürzlich hat besagte Verwaltung die Mitglieder geprüft, ob sie auch die erste Genossenschaftspflicht erfüllen, d. h. den roten „Vorwärts“ abonniert haben; ferner, ob sie auch einem roten Wahlverein angehören. Wie die Verwaltung des Metallarbeiterverbandes nun im Vorwärts mitteilte, war das Ergebnis der Untersuchung äußerst unbefriedigend. Nur 46 Proz. der freiorganisierten Metallarbeiter Berlins hatten den Vorwärts und nur 36 Proz. sind politisch rot organisiert. Da muß etwas nachgeholfen werden. Die Leitung der „Freien“ läßt sich deshalb folgendermaßen vernehmen:

„Eine Anzahl von Betrieben hat ein besonderes schlechtes Ergebnis gezeigt. Diese werden den zuständigen Bezirksleitern genannt und in der nächsten Generalversammlung oder kombinierten Vertrauensmänner-Konferenz namentlich aufgeführt. Dann kann bei der nächsten Enquete festgestellt werden, ob eine Besserung eingetreten ist.“

Für die nichtsozialdemokratischen Mitglieder des „freien“ Met. Verb. bedeutet dieses nicht mehr und nicht weniger wie einen verwerflichen Gewissenszwang. Ob sie sich dieses ohne Widerspruch bieten lassen wollen, ist doch sehr fraglich. Eine Aenderung dieser „Erziehungsmethode“ wird allerdings ausgeschlossen sein. Die nichtroten „freien“ Mitglieder können sich dieser Pressung in die rote Zwangsjacke nur durch sofortigen Austritt aus diesem „unfreien“ Verband entziehen und sich dem christlichen Metallarbeiterverband anschließen.

Diese „Erziehung“ soll aber in Zukunft anscheinend noch systematischer und „nachdrücklicher“ betrieben werden. Denn die anzustellenden „Erzieher“ werden mit Röntgenstrahlen auf ihre Prinzipienfestigkeit geprüft. Der Vorwärts Nr. 54 berichtet über die Wahl mehrerer neuanzustellender Beamten für den „freien“ Met. Verband. Als Kandidaten sollen nur solche Mitglieder berücksichtigt werden,

„die neben der statutarisch festgesetzten mindestens fünfjährigen Verbandszugehörigkeit auch eine mindestens ebensolange Mitgliedschaft zur politischen (d. i. sozialdemokratischen) Organisation nachzuweisen vermöchten.“

Die gewerkschaftliche Tüchtigkeit spielt hier also keine so große Rolle wie die „waschechte“ rote Farbe.

Trotz allem ist der Deutsche Met. Verb. überall dort „neutral“, wo es mit Bauernfängerrei und Heuchelei möglich erscheint, Mitglieder zu kapern. Darum überall den Heuchlern die Maske heruntergerissen, wo diese Weise im Schafspelz sich zu zeigen wagen.

Berliner „Säugetiere“.

„Der Mensch ist das höchst entwickelte Tier, er gehört zur Gattung der Säugetiere.“ Diese eigentümliche, den Menschen auf die denkbar niedrigste Stufe herabwürdigende atheistische „Wissenschaft“ (?) trug der sozialdemokratische Berliner Metallarbeiterverbandssagator Stürmer den Arbeitern der Firma Schwarzkopf, am 11. März 1907, in einer Versammlung, welche in Kolbergers Festsaal stattfand, vor. Als Thema hatte sich der Herr Genosse „Der Kampf ums Recht“ gewählt. Seine Ausführungen waren roh und brutal. Die Masse klatschte trotzdem Beifall.

Als Kollege Winter in der Diskussion reden wollte, geberdeten sich die Anwesenden derart unmanierlich, daß ein Wiederlegen der Behauptungen unmöglich war.

Eine zweite Metallarbeiter-Versammlung fand am selben Tage und im selben Lokale um 1/2 9 Uhr statt. In dieser sprach der sozialdemokratische Berliner Metallarbeiterführer Genosse Adolf Cohen über das Thema: „Werkkonzentration und Arbeiterzerstückelung.“ Er sagte u. a.: „Die christl. Gewerkschaften sind von Unternehmern und deren Handlangern zur Bekämpfung der „freien“ Gewerkschaften gegründet.“ (Das ist eine abgedroschene Phrase und plumpe Lüge, Herr Cohen! D. G.) Sie vertreten heute derart wirksam die Arbeiterinteressen, daß sie vom Unternehmer ebenso (nein, noch schlimmer, Herr Cohen! D. G.) gehaßt werden, als die freien Gewerkschaften. Ein Trennungsgang zwischen christl. und freien Gewerkschaften liegt nicht mehr vor, so daß hier einer Verschmelzung nichts mehr im Wege steht. (Quas Mattenfängertöne! D. G.) Anders beurteilte er die Hirsch-Dunder, über die er sich in der schärfsten Weise ausließ.

Als in der Diskussion unser Kollege Winter sich zu Wort meldete, fuhr Cohen auf und beschwor die

Verlassenverhältnisse lassen auch sehr viel zu wünschen übrig. Sollen diese Zustände aber geändert werden, dann Kollegen organisiert euch. Soweit ihr aber organisiert seid, besucht die Versammlungen, leßt euer Organ, denn diese sind geeignet, euch Belehrung zu verschaffen. Anders geht's nicht, trotz der schönen Worte gewisser Direktoren.

s. Bin.

In Lippstadt auf der Westfälischen Union, Drahtwaaren und Stichtfabrik, ein Teilunternehmen des Phönix-Nordstern Trust, zieht man den Stichtmachern, wupern und -podern vom Afford, bei dem es vorher nur durch die äußerste Anstrengung möglich war, seinen kargen Lohn zu verdienen, noch ab. Wahrscheinlich, um zu verhindern, daß durch den Verkauf des Nordstern im nächsten Jahre die Dividenden der Herren Aktionäre nicht unter 20 Proz. ausfallen.

Kollegen, handelt! Worte sind genug gefallen. Der letzte Mann muß Agitator sein für unsere gute Sache. E. W.

Zum Kapitel Opferwilligkeit

erhalten wir von einem Verbandsmitglied folgende Zuschrift, die wir der Beachtung aller Kollegen empfehlen:

Opferwilligkeit ist das A. und O. der Arbeiterbewegung, die schönste Tugend und der Maßstab jeder gewerkschaftlichen Tüchtigkeit. Zunächst einmal in Bezug auf Zahlung der Verbandsbeiträge, Stärkung der Bezirks- und Lokalkassen durch Extrabeiträge, bei Sammlungen für Streiks, Ansperrungen oder für einen verunglückten Kollegen. Das ist Opferwilligkeit, die einmal an jedes Mitglied herantritt. Da heißt es allemal, den Geldbeutel öffnen und zahlen. Fällt es einem auch oft schwer, so tut man es doch gern und gibt willig, so weit man es vermag. Das verdient alle Anerkennung.

Noch größere Opfer bringen unsere Kollegen, die ihre Person in den Dienst des Verbandes stellen, die selbstlos ihre ganze freie Zeit und oft noch dabei große finanzielle Opfer bringen. Was viele unserer Kollegen hier im Interesse der Gesamtheit opfern, kann gar nicht in Geldwert ausgerechnet werden. Manche Kollegen würden gern 2 Mill. Wochenlohn entrichten, wenn sie keine andere Opfer zu bringen hätten und würden auch finanziell gerichtet, besser dabei fahren. Das sind aber nur ein verschwindend kleiner Teil unserer Mitglieder. Doch allen ist Gelegenheit zur Opferwilligkeit gegeben und es bedarf vielleicht nur einer kurzen Anregung, um eine ganze Reihe unserer Verbandskollegen auch zu einer anderen, nicht minder wirksamen Art von Opferwilligkeit anzuregen. Man kann nicht nur Opfer bringen dadurch, daß man direkt etwas gibt, sondern oft vielmehr indirekt dadurch, daß man auf etwas verzichtet. Es gibt viele Fälle, wo man, ohne empfindlich dadurch getroffen zu werden, auf Leistungen des Verbandes, auf die man durch unser Statut ein Anrecht hat, gut und gern verzichten kann. Das kommt wohl jetzt besonders bei der seit Anfang dieses Jahres in unserem Verbands zur Einführung gelangten Erwerbslosenunterstützung in Betracht. Eine durchaus nicht kleine Anzahl unserer Kollegen gehört schon seit Jahren neben der Pflichtkrankenkasse auch einer Krankengeld-Zuschußkasse an, wodurch bei einem großen Teil die oft recht fühlbare Differenz zwischen dem ausfallenden Wochenlohn und dem Krankengeld ausgeglichen ist. In vielen Fällen wird es also möglich sein, durch ganze oder teilweise Verzichtleistung auf die hier ebenfalls eintretende Erwerbslosenunterstützung eine Opferwilligkeit zu üben, die für das Verbandsinteresse äußerst wirksam ist und dem Einzelnen in solchen Fällen doch absolut keine direkten Opfer auferlegt.

Hier sollten es sich vor allem die lebigen Kollegen, die nur für ihre Person allein zu sorgen haben, angelegen sein lassen, mit gutem Beispiel voranzugehen. Aber auch manchen verheirateten Kollegen wird es sehr wohl möglich sein, ein Gleiches zu bedenken. Wir stets das Eine, daß nur durch Opferwilligkeit der Mitglieder eines Verbandes, sei es direkt oder indirekt, Großes erreicht werden kann. Darum mehr Opferwilligkeit als bisher auf der ganzen Linie, auch in unserem Verband.

Der Zweck vorstehender Zeilen sollte es sein, auf diese besondere Art vor Opferwilligkeit, die durch Verzichtleistung geübt wird, besonders hinzuweisen und er wird erreicht, wenn recht viele dieser Anregung folgen und so eine recht wirksame Opferwilligkeit im Interesse unseres Verbandes üben.

J. Th.

Versammlung, Winter unter keinen Umständen zu Worte kommen zu lassen. Winter, so beteuerte Cohen, sei der Mann, der in Rheinland und Westfalen öffentliche Versammlungen abgehalten, gegen die freien Gewerkschaften gesprochen und den Vertreter ihrer Richtung habe zu Worte kommen lassen. Die Herren Spiegel, Wallbrecht und Gendler hätten ihn auf der letzten Beamtenkonferenz, welche in Berlin tagte, Vorhaltungen gemacht, wie er (Cohen) so dumm sein könnte und Winter in den Versammlungen zu Wort kommen zu lassen. Die Genossen stimmten natürlich als gehorames Stimmvieh für „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“, für den Vorschlag Cohens. Winter durfte nicht nur nicht reden, sondern mußte das Lokal verlassen. Die tapferen Genossen sagten, nur Mitglieder des deutschen Metallarbeiterverbandes seien eingeladen.

Und die Moral dieser Cohen'schen Leistung? Säge ist die Behauptung, Winter habe in den Versammlungen Rheinlands und Westfalens die roten Helden nicht zu Wort kommen lassen. Dies zu verhindern liegt gar kein Grund vor. Kein Beamter von den roten Metallarbeitern ist in den verschiedensten Städten des früheren Düsseldorf Bezirkes, mit dem nicht die Klinge gekreuzt worden war.

Die Genossen machten es in Rheinland und Westfalen vielmehr genau so, wie hier in Berlin; sie lassen die Christlichen nicht zu Wort kommen. In den verschiedenen Stellen hatte man sich sogar Herauswerfer an die Türe bestellt, welche die christlichen Vertreter bei ihrem Eintritt ins Lokal vergewaltigten und vor die Tür warfen. Zum Beispiel Ohligs. Soweit haben es die Genossen mit ihrer Wissenschaft und in ihrer Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gebracht, daß sie sich hinter verschlossenen Türen verkriechen und anständige Gegner vor die Lokale verweisen oder werfen lassen. Das läßt tief blicken.

Que contra Regien.

In der Reichstagsitzung am 11. März dieses Jahres erwiderte Abg. Kollege Giesberts auf die Mattenjägerei des sozialdemokratischen Abg. Que, der im Gegensatz zu seinem Freund und Schüler Leimpeters wieder mal die Friedenspfeife geraucht und die christlichen Gewerkschaften umschmeichelt hatte. Als nun Giesberts im Verlauf seiner Rede zu den Genossen gewendet, sagte: „Erkennen Sie erst einmal die christl. Gewerkschaften als existenzberechtigt an,“ da rief Que: „Das tun wir.“ (Bericht des Vorwärts Nr. 60.) Giesberts fuhr fort: Sie wissen aber doch, was der Vorsitzende der Generalkommission Regien in Köln gesagt hat: „Solange er an der Spitze der „freien“ Gewerkschaften stände, würden die Christlichen niemals anerkannt.“ Also diese Mattenjägerei (Que's) laßt uns nicht.“ Der Parlamentsbericht verzeichnet hier große Feiterkeit. Wer hat nun recht? Que oder Regien? Oder hat sich Regien schon gemauert und sein stolzes „Niemaß“ in die Kumpelkammer zu dem andern roten Schutt und Schrott geworfen. Mögen die roten Strategen reden wie sie wollen, die christlichen Arbeiter werden auf der Hut sein, denn gerade Leuten wie Que gegenüber heißt es:

Trau — Schau — Weim?

Aus der Schweiz

erhalten wir von einem Kollegen unseres schweizerischen Bruderverbandes, Sektion Chur, folgende Zuschrift:

Im schönen Schweizerland haben die christlichen Arbeiter auch eingesehen, daß sie als einzelner nichts bedeuten, und nur zusammengeschlossen eine Macht bilden. Von diesem Gedanken durchdrungen, haben sich auch in Chur schon eine ziemliche Anzahl Arbeiter an die christl. Organisation angeschlossen, um ihre Lage zu verbessern. Wenn auch die sozialdemokratischen Gewerkschaften trambäht versuchen, die christlichen Organisationen zu unterdrücken, so wird es ihnen nimmermehr gelingen. Da jetzt der Frühling ins Land zieht und so mancher unserer deutschen Kollegen wieder in die Ferne zieht, so sei an dieser Stelle auf die Schweiz und besonders auf Chur aufmerksam gemacht. Die herrliche Lage und schönen Berge dürften für manchen aus dem Norden einen Anziehungspunkt bilden.

Unser Arbeitsnachweis, den wir am Blase errichtet haben, sei auch angelegentlich empfohlen und werden gegenwärtig Schmiede, Holzarbeiter und Maler gesucht. Diesbezügliche Anfragen mögen an den Arbeitsnachweis Chur, Löwenhof, gerichtet werden.

Das gemeinsame Band, das uns christl. Arbeiter allerwärts umschließt, läßt uns hoffen, daß uns die deutschen Arbeitsbrüder in Bezug auf den Arbeitsnachweis unterstützen und auch uns in dem hehren Bestrebungen, unsere Sache vorwärts zu bringen, zur Seite stehen, getreu dem Wahrspruch: Christliche Arbeiter aller Länder, vereinigt euch! J. E.

Streiks und Lohnbewegungen.

Absolutismus.

Mit den Vorboten des Frühlings beginnt es sich auch wieder unter den Metallarbeitern Münchens zu regen. Berechtigte Ursache dazu haben insbesondere die Metallarbeiter aus den größeren Betrieben, die schwerer unter der Ueberarbeit zu leiden haben. Die Mitglieder des roten Verbandes scheinen besonders ungehalten über ihren Geschäftsführer zu sein, der sich im letzten halben Jahr bedenklich wenig bei seinen Leuten sehen ließ. In den Werkstätten konnte man Worte des Unmuts und der Verdrossenheit genug hören: „Warum finden denn keine Werkstattversammlungen statt? Wo bleiben die „gewählten Arbeiterausschüsse? Warum rührt sich unsere Verwaltung trotz aller Mahnungen nicht, um wenigstens gegen das Ueberstundenwesen Front zu machen. Wohl hat die Leitung des roten Metallarbeiterverbandes in den ersten Tagen des Februar Werkstattversammlungen abgehalten mit dem schönen Thema: „Stichwahlen,“ aber davon können sich die roten Mitläufer nichts kaufen.

Doch nimmermehr wollte Europatkin Sickingen einmal etwas ganz Geniales unternehmen. Da beruft er am 26. und 28. Februar Vertrauensleute aus allen Großbetrieben zusammen und beauftragt sie, daß die ersten am Mittwoch, den 27. Februar, bei der Direktion der Firma Krauß vorstellig werden und den Neunstundentag verlangen.

Am Donnerstag, den 28. Februar, verlangte man bei Messer den Neunstundentag. Am Freitag, den 1. März, im Eisenwerk München, Landes, Ratgeber usw. Und das geschah mit einigen Vertrauensleuten über die Köpfe der Kollegen hinweg; ohne Versammlungen zu halten, ohne die Meinung der in Betracht kommenden Arbeiter zu hören.

Wirklich ein neues Ruhmesblatt des sozialdemokratischen Absolutismus. Alles so geheimnisvoll, daß selbst die edlen lammsfrommen Genossen erst nachträglich hörten, daß ohne ihr Wissen und Willen etwas für sie geschehen sollte. Die Schläuen aber dachten: halt, weil eben im Mai die Landtagswahlen sind, muß schnell das Feuer angezündet werden mit der Parole: Neunstündige Arbeitszeit!

Weiß denn Herr Sickingen nicht, daß seine Genossen ganz überrast sind ob der großen Fürsorge und sie fragen jetzt schon: bekommen wir auch mehr Lohn? Die sozialdemokratischen Arbeiter-Ausschüsse hüllen sich in tiefes Schweigen. Und das Ergebnis bei den Firmen? Teils ablehnende, teils ausweichende Antworten. Einige erklärten: Reichen sie das Gesuch schriftlich ein, wir legen es dem Metall-Industriellen-Verband zur Würdigung vor, der entscheidet darüber. Und wenn nun ablehnende Antwort? fragen die Getreuen! Nun ja, dann wird gekämpft, nachher kommt doch die Landtagswahl und das ist ein „Geschäft,“ das bringt noch was ein.

Wie 1905, so hat Sickingen diesmal weder die Christlichen, aber was noch schlimmer ist, nicht einmal seine eigenen Leute davon verständigt. Und damit ja kein Christlicher sich in die Fabrikversammlungen einschleichen kann, trägt man sich mit dem Gedanken, alle Nichtrotten auszuschließen. Wir können ruhig der Zukunft entgegen sehen.

Die eigenen Genossen erkennen nun, daß die Alleinherrscher sie am sozialdemokratischen Marrenseil herumgeführt haben.

Metallarbeiter Münchens! wacht auf! Hunderte Kollegen bluten heute noch von den Wunden des Kampfes 1905, der auf das Konto der Sickingen und Genossen zu setzen ist. Neue Niederlagen sind seitdem gekommen und die allgemeine Lage der Metallarbeiter hat sich nicht gebessert. Tretet ein in die Schar der christlichen Kämpfer, wo ihr die Gewähr dafür habt, daß keine Alleinherrschaft dirigiert. Christliche Metallarbeiter Münchens! schließt euch zusammen gegen den Absolutismus der Unternehmer wie der roten Prozen. J. R.

Nachtrag: Der bayerische Metallindustriellen-Verband hat die Forderung der neunstündigen Arbeitszeit inzwischen rundweg abgelehnt. Jetzt kann Sickingen mal zeigen, was er kann, was er mit seinem jeden gewerkschaftlichen Grundgesetzen ins Ge-

sicht schlagenden absolutistischen Vorgehen erreichen wird? Wir glauben kaum, daß man ihm zu einer neuen Niederlage a la 1905 von Stuttgart aus das nötige Geld zum Verpulvern gewähren wird.

Der Dank vom Hause Hammesfahr

in Solingen ist nimmermehr dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband für seine diesem Unternehmer geleisteten Hausreißerdienste zuteil geworden. Als vor zwei Jahren die vereinigten Solinger Gewerkschaften mit dieser Firma im Kampf standen und schließlich den Streik beschlossen, ist bekanntlich der rote Metallarbeiterverband den sozialdemokratischen Lokalverbänden in den Rücken gefallen und hat organisierten Streikbruch verübt, um die Lokalverbände aufzureiben und dann aufzufangen. Die Führer des roten Metallarbeiterverbandes wurden dabei sogar von der sozialdemokratischen Presse schwer angegriffen, doch was scherte es sie, sie haben auch noch weiter „einen Treubruch auf den andern gehäuft,“ wie noch kürzlich der dortige sozialdemokratische Arbeitersekretär in einer Versammlung erklärte. Jetzt ist ihnen für ihre Veräterereien der Dank vom Hause Hammesfahr geworden, indem auch der Vertreter vom roten Metallarbeiterverband vom Unternehmer hinausgeworfen wurde. Als nämlich der Bärenvater Hammesfahr die mit Unterstützung des „freien“ Metallarbeiterverbandes damals eingeführte Nachtschicht jetzt wieder generell einführen wollte, haben sich die roten Mitglieder gestraußt und der Krach war da. Die Verhandlungen blieben erfolglos und an einem schönen Tage erlebte der Vertreter des roten Metallarbeiterverbandes dasselbe, was vor zwei Jahren die sozialdemokratischen Lokalverbände erfahren mußten. Hammesfahr erklärte, er sei für den Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes nicht mehr zu sprechen. Ein schriftlich eingereichter Vorschlag, eine achtstündige Doppelschicht einzuführen wurde nicht einmal einer Antwort gemürdigt. Die Ironie des Schicksals! In einer Versammlung am 12. März wurde über die „Bärenbude“ des roten Metallarbeiterverbandes die Sperre verhängt und eine Resolution einstimmig angenommen, in der es heißt:

„Die Versammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den Zuständen in der Fabrik und von den Differenzen, die, von Hammesfahr durch die Frage der Nachtarbeit hervorgerufen, nur durch Beseitigung der Konkurrenz auf Kosten der Arbeiter bezwecken. Die Forderung der regelmäßigen und dauernden Nachtarbeit ist unerfüllbar, ganz besonders müsse ihr im Schlägereibetrieb energischer Widerstand entgegengesetzt werden. Nach dem Entgegenkommen, das die Arbeiter gezeigt, ist nur Hammesfahr für das verantwortlich, was die nächsten Tage bringen: Zeit und Gelegenheit zum Verhandeln war vorhanden.“

Für die „Zustände in der Fabrik“ ist jedenfalls der rote Metallarbeiterverband mehr verantwortlich zu machen wie der Unternehmer, denn ohne die Streikbrochereien des Metallarbeiterverbandes hätten sich diese Zustände gar nicht entwickeln können. Alles rächt sich auf Erden, das sieht man auch hier wieder, denn diese Lektion, diese Blamage vor der ganzen Welt hatten die Führer des roten Metallarbeiterverbandes mit ihren struppelosen Arbeiterväterereien schon längst bis zum Uebermüde verdient. Der gute Wille, den Unternehmern zugunsten noch weiter zu spielen, ist jetzt durch die schärferen Mäuren Hammesfahr's überflüssig geworden.

Zur Beachtung.

Von jetzt an ist bei allen Lohnbewegungen jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Bezug fort.

Die Schwarzwälder Uhrenarbeiter stehen in einer Lohnbewegung.

M. Gladbach. Firma Hanbold & Comp. wegen Differenzen geperkt.

Selkenkirchen. Ueber die Gießerei der Firma Busch- und Eisenwerke vorm. Mauseid & Comp. die Sperre verhängt.

Mühlhausen i. G. Die Gießerei-Arbeiter der Firma Vogt & Co. stehen im Streit wegen Verweigerung von Streikarbeit.

Lohne. Streit ausgebrochen.

Orsbach. (Wrbg.) Bei der Firma J. N. Höfer Differenzen wegen Maßregelungen.
Silbesheim. Bei der Firma N. Senking, Streif Formier und Glaserarbeiter.
Braunschweig. Bei der Firma Müller & Petri Streif wegen Lohndifferenzen.
Zuzug ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 24. März der dreizehnte Wochen-Beitrag für die Zeit vom 24. bis 31. März 1907 fällig.

Jedes Mitglied, das arbeitslos wird, hat sich sofort beim Vorsitzenden oder Kassierer der Ortsgruppe zu melden, auch wer nicht unterstützungsberechtigt ist.

Die Ortsgruppen Neuk., M.-Glabbach und Wald bei Solingen erhalten hiermit die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages von 10 Pfennig wöchentlich.

Die Nichtbezahlung hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Die notwendig gewordene zweite Auflage des Protokolls der IV. Generalversammlung unseres Verbandes in Aachen ist jetzt erschienen. Diejenigen Ortsgruppen, die ihre Bestellungen resp. Nachbestellungen noch nicht gemacht haben, werden ersucht, dieses jetzt sofort zu tun. Dieses wichtige Protokoll muß in der Hand eines jeden Mitgliedes sein. Bei dem reichhaltigen Inhalt über die Verhandlungen der Generalversammlung nebst der vorangestellten Geschichte unseres Verbandes ist ja der billige Preis von 30 Pfg. für Verbandsmitglieder ein sehr niedriger und ermöglicht es jedem ohne Ausnahme, sich das Protokoll anzuschaffen. Von unsern Bezirks- und Ortsgruppenleitungen muß erwartet werden, daß sie für einen systematischen Vertrieb Sorge tragen. Der Preis ist wie auch bei der ersten Auflage für unsere Mitglieder 30 Pfg. und für Nichtmitglieder 1 Mark.

Der heutigen Auflage des Verbandsorganes liegt ein Flugblatt bei. Die Kollegen werden ersucht, nachdem sie dasselbe gelesen, es an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter zu geben. Weitere Bestellungen sind an das General-Sekretariat, Köln, Palmstraße 14, zu richten.

Der Zeitungsendung an die Ortsgruppen liegen die Abrechnungsschemata zur Abrechnung vom ersten Quartal 1907 bei und die Zählkarte für die Arbeitslosenstatistik vom Kaiserl. Statistischen Amt bei. Abrechnung und Zählkarte sind sofort dem Kassierer der Ortsgruppe zu übergeben. Auf der Arbeitslosenzählkarte hat der Kassierer der Ortsgruppe die Mitgliederzahl anzugeben, die Zahl der Arbeitslosen, nicht der Kranken und Berufenen, die sich als auf der Reise befindlich am Ort gemeldet haben. Ebenso ist die Zahl der Arbeitslosen und die ausgezahlte Arbeitslosen- und Reiseunterstützung anzugeben. Die Karte darf nicht früher und auch nicht später als in der Zeit vom 1.-4. April eingekandt werden. Jede Ortsgruppe muß ihre Karte darin sehen, die Zählkarte richtig auszufüllen und pünktlich einzulenden. So aus Versehen die Schemata und Karte nicht dem Zeitungsposter beiliegen sollte, ist dies sofort an die Zentrale zu melden.

Aus dem Verbandsgebiet.

Vaals (Holland). Unsere Ortsgruppe, welche sich im März 1906 dem in Deutschland bestehenden christlich-sozialen Metallarbeiterverbande angeschlossen hat, hielt am Sonntag, den 24. Februar ihre erste Generalversammlung ab. Aus dem Jahresbericht ist folgendes hervorzuheben. Unsere Ortsgruppe wurde im März 1906 mit 10 Mitgliedern gegründet und zählte am Schlusse des Jahres 27 Mitglieder; mithin in den 9 Monaten eine Zunahme von 17 Mitgliedern. Versammlungen wurden abgehalten 2 Ordentliche, 12 Mitgliedsversammlungen und 14 Vorstands- und Vertrauensmännerversammlungen. Der Besuch der Versammlungen war zufriedenstellend. Der Kassenbericht zeigte ebenfalls ein günstiges Bild. Die Einnahmen betrugen 544,70 Mk. an die Zentrale wurden 419,25 Mk. abgehandelt.

Wir haben mit einem Lokalkassenbestand von 22,52 Mk. abgeschlossen.

Nachdem unser Bezirksleiter Kollege Wolke-Aachen einen Vortrag über die Pflichten und Aufgaben des Vorstandes, Vertrauensmänner und Mitglieder gegeneinander gehalten hatte, wurde die Neuwahl des Vorstandes getätigt. Der bisherige wurde wiedergewählt und erweitert um einen II. Vorsitzenden und II. Kassierer. Mit einem Appell, im neuen Jahre treu und fest zum Verbands zu halten, wurde die Versammlung geschlossen. Kollegen von Vaals! Arbeitet in diesem Jahre auf der beschrittenen Bahn weiter, dann werden wir am Schlusse dieses Jahres eine Zahl von 70 Mitgliedern erreicht haben. Der Anfang ist ja schon gemacht, indem wir in diesem Jahre schon 8 Neuaufnahmen zu verzeichnen haben. Brachten die 10 Gründer der Ortsgruppe es in 9 Monaten auf 27 Mitglieder, so muss es ein leichtes sein, in einem Jahre die Mitgliederzahl zu verdoppeln. Ruht nicht eher, bis der letzte Metallarbeiter von Vaals organisiert ist. Hoch die christliche Metallarbeiter-Organisation!

Aachen. (Ein „Wasserbetrieb.“) Wenn man bei der Firma „Maschinenfabrik Karl Roth“ das Organisationsverhältnis betrachtet, so ist man versucht zu glauben, es herrschten dort die rosigsten Zustände. Es sind nämlich von circa 70 Mann ganze 15 Arbeiter organisiert. Bei Blät besahen schaut aber die Sache ganz anders aus. Es gibt dort noch verheiratete Leute, welche einen Tagelohn von 3,80 Mk. beziehen, von den jungen Gesellen, welche 1/2—1 Jahr die Lehre aus haben und einen Tagelohn von 1,50—1,80 Mk. bekommen gar nicht zu reden. Das mit solch niedrigen Löhnen ein Mann, der eine Familie zu ernähren hat, nicht auskommen kann, dürfte einem jeden der die Verhältnisse einer Großstadt (und besonders Aachen) kennt, ohne weiteres klar sein. Alle möglichen Mißstände sind in diesem Betriebe zu finden. Ein vorzügliches Affortsystem, das sogenannte amerikanische System. Von dem verdienten Gelde bekommt der Arbeiter nämlich bloß 1/3, die übrigen 2/3 bringt der Arbeitgeber für sich in Rechnung. Die Wäschegelegenheit ist sehr mangelhaft. Es gibt für 70 Arbeiter nur ein einziges Waschbassin und 2 oder 3 Eimer. Diese Waschvorrichtungen sind aber gewöhnlich in einem Zustande, daß die meisten Arbeiter darauf verzichten, es zu benutzen, um nicht noch „reiner“ zu werden.

„Zur Förderung der Gesundheit“ ist, wenn gehäutet wird, eine Qualm-Kur eingerichtet. (Es werden hier nämlich viele Sachen in Tran gehäutet). Es entwickelt sich dann ein Qualm, der wegen der geringen Ventilation die Luft in der Hude stundenlang verpestet. Hier könnte besonders leicht Abhilfe geschafft werden. Der Raum, in welchem diese Arbeiten ausgeführt werden, braucht bloß durch eine Fachwand oder einen Bretterverschlag von den übrigen Räumen abgeschlossen zu werden, so wäre dieser Uebelstand abgeholfen. Die Firma hat, wie es scheint, auch dafür Sorge getragen, daß der Nachwuchs in der Maschinenbranche nicht ausbleibt, denn wenigstens 19 Lehrlinge werden zur Zeit ausgebildet. Dann läßt auch die Behandlung seitens des Fabrikinhabers noch sehr viel zu wünschen übrig. Das „Grenzwörter-Lexikon“ a la Dresdener Parteitag wird sehr viel in Anwendung gebracht. Man scheint hier noch die Arbeiter als Staatsbürger 3. oder 4. Ranges zu betrachten.

Kollegen! Wenn es hier anders werden soll, dann bleibt nichts anderes übrig, als auch Mann für Mann unter der Fahne des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes zusammen zu fassen. Dasselbe war stets bestrbt, eure Lage zu verbessern und wird es auch in Zukunft sein. Darum macht endlich Ernst und erfüllt eure Arbeiterpflicht in eurem eigenen Interesse.

Düren. (Ein sozialdemokratisches Kulturbild.) Zu einer am 10. März vom hiesigen christl. Gewerkschaftsrat einberufenen Versammlung kam es infolge des skandalösen Verhaltens der erschienenen Sozialdemokraten zu häßlichen Szenen. Die Ruten veranlaßte gleich beim Beginn der Versammlung eine lange heftige Geschäftsordnungsdebatte, wobei sich die Zukunftsblätter schon als heulende Derwische gebärdeten. Als endlich die Ruhe herbeigeführt war, sprach Kollege Schümmer-Bürjelen über die Notwendigkeit der Berufsorganisationen, sei von häßlichen Beifallgebungen der Anwesenden unterbrochen. Dann beantwortete er die Frage: welcher Organisation schließen wir uns an? Wir haben in Deutschland drei Organisationsrichtungen. Wo werden unsere Interessen am besten vertreten? Zunächst beauftragte er die G.-D., erst ihr Verhalten bei der materiellen Verbesserung des Arbeiters, dann ihre Stellung zur Politik und Religion. Bei der Behandlung der G.-D. machte wieder die Gewerkschaften nennenswerten Fortschritt.

der Anführer der Roten, ein Obergenosse Woz aus Köln stimmte mit ein, so daß Schümmer einige Minuten pauzen mußte. Sie wollten offensichtlich Schümmer aus seiner Ruhe bringen. Als sie merkten, daß ihnen dies nicht gelang, steigerten sich ihre Wutausbrüche immer mehr. Als nun Redner auf die sogenannten „freien“ Gewerkschaften zu sprechen kam, spottete der Spektakel jeder Beschreibung. Daß der Referent auch die Schattenseiten der „freien“ Gewerkschaften kannte, und scharf mit ihnen ins Gericht ging, hatten sie anscheinend nicht geahnt. Die Wut der Genossen steigerte sich immer mehr und mehr. Rufe wie „Du Judas“, „Judas-gesicht“, „christlicher Verräter“, „Schwindler“, „Du Schuft, Du bist verrückt, warte nur, Du Salanke“, schallten durch die Luft. Als alles dieses den Redner nicht aus seiner Fassung brachte, sondern er darauf passende Antworten hatte, da steigerte sich die Wut der Genossen bis auf äußerste. Nachdem Redner fünf Viertelstunden gesprochen hatte, wurde die Versammlung infolge des lächerlichen Geheules der Genossen von dem überwachenden Beamten aufgelöst. Von einer „Genossin“ wurden ganz überliche unsfältige Ausdrücke in den Saal hineingebracht, die wir hier nicht wiedergeben können. Die Christlichen verließen, nachdem sie ein brausendes Hoch auf die christlich-nationale Arbeiterpartei ausgebracht, ruhig den Saal.

Als Schümmer aus dem Saal ging, stürzten die Genossen auf ihn ein, mit den Worten: „Wart nur, Du Schimmel, Du bist noch nicht aus Düren!“ Unter wildem Gejohle wurde Schümmer bis weit in die nächste Straße hinein verfolgt. Hunderte standen auf der Straße. Nur dem ruhigen Verhalten Schümmers und seiner Begleiter ist es zu danken, daß Schümmeres verhäutet wurde. In der Wirtschaft hatte ein Genosse schon vorher geäußert: „Ich schlage dem lumpigen Hund die Knochen kaput!“

Jede Bemerkung würde den Eindruck dieses sozialdemokratischen Kulturbildes nur abschwächen. Wenn schon in einem Orte, wie Düren, wo doch die große Mehrzahl der Arbeiter auf christlichem Boden steht, eine Handvoll Genossen sich solchen Terrorismus erlaubt, dann kann man sich denken, was sie sich da herausnehmen, wo sie in der Ueberzahl sind. Christliche Arbeiter von Düren! Diese Heldentaten roter Fanatiker müssen Euch mit Donnerstimme zurufen: Hinein in die christlichen Gewerkschaften!

Rogheim. Am Sonntag, den 24. Februar fand unsere diesjährige Generalversammlung mit Neuwahl statt. Aus dem Jahresbericht war folgendes zu entnehmen: Es wurden 14 ordentliche Mitgliedsversammlungen, mehrere Vorstands- und eine öffentliche Versammlung abgehalten. Die Einnahmen beziffern sich auf 574,85 Mk. An die Zentrale wurde abgeliefert 471,95 Mk. An die Bezirksleitung wurden gesandt: 37,85 Mk. Die Ausgaben der Lokalkasse betrugen 96,51 Mk. Der Zugang an Mitglieder betrug 14, der Abgang 7. Am 1. Januar 1907 hatten wir 23 Mitglieder. Die Versammlung vom 2. September beschloß einstimmig die Einführung des 60 Pfennigbeitrages ab 1. Nov. 1906. Was die Agitation anbelangt, wurde den Kollegen vom Vorsitzenden an Herz gelegt, sich eifrig daran zu beteiligen und nicht alle Arbeiten dem Vorstande zu überlassen. Bei der nun folgenden Neuwahl des Vorstandes wurden gewählt: Erster Vorsitzender Kollege Graber, sen., zweiter Vorsitzender Kollege Weinzierer; Kassierer Gaffner, Schriftführer Tezelsch, Beisitzer Cornelius Jochs.

Als Kartelldelegierte die Kollegen Graber jun. und Traiser. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an. Zum Schluß hielt der Vorsitzende einen kleinen Vortrag über Erwerbslosenunterstützung bei Arbeitslosigkeit und Krankheit, und ermahnte die Kollegen, pünktlich ihre Beiträge zu zahlen, damit ihnen nicht ihre Unterstützungen verlustig gehen. Kollegen von Rogheim! Gegen einen Uebelstand, welcher sich in letzter Zeit sehr bemerkbar macht, nämlich den schlechten Besuch der Versammlungen müssen wir ganz besonders Front machen. Das darf nicht weiter einwirken.

Weg mit aller Gleichgültigkeit und der Bergungslust; denn diese hindern uns nur im Vorwärtsschreiten. Erscheint regelmäßig in jeder Versammlung und bestrebt sich dann jeder Kollege für die Ausbreitung unseres Verbandes zu arbeiten, dann können wir dieses Jahr ein bedeutend besseres Resultat erzielen.

Lampertheim. Tren und fest stehen die flecken Christlichen Metallarbeiter, wenn auch eine kleine Schar, zum Verband und werden ihren Stolz darin erblicken, dies auch in Zukunft zu sein und den Verband noch weiter auszubauen. Diesen festen Vorsatz legten unsere Mitglieder erneut in der am 17. Februar stattgefundenen Generalversammlung ab. Der Vorsitzende wies in seinem Tätigkeitsbericht auf die vielen Schwierigkeiten in der Agitation hin, die uns aber erst recht zur Anspannung aller Kräfte anfeuern mußten. Im Anschluß an den

Jahresbericht fand Neuwahl des Vorstandes statt, die folgenden Ergebnisse zeigte: J. Degen erster, A. Sebald zweiter Vorsitzender; W. Degen erster, J. Felleisen zweiter Schriftführer; L. Girich erster, H. Wöppelmann zweiter Kassierer; Fr. Samall als Vertrauensmann.

Manmehr kam der Antrag zur Erhebung eines Lokalbeitrages zur Beratung. Der Vorsitzende war als Delegierter auf der Mannheimer Konferenz gewesen und berichtete, daß dort alle Vertreter darin einig gewesen seien, für die Anstellung eines Beamten im hiesigen Bezirk 10 Pfg. wöchentlich zu erheben. Die Zahlstelle Hauptortheim wurde heftig heute einstimmig diese Auslegung in der Tat umsetzen. Dann nahm der als Referent anwesende Kollege Eberhard Mannheim das Wort und begründete in überzeugender Weise die Notwendigkeit der Anstellung eines Beamten und der dazu notwendigen Erhebung eines Ortsbeitrages. Seine Ausführungen und der Bericht unseres Delegierten fielen auf günstigen Boden, das bewies schon der begeisterte Beifall der Versammlung. Einstimmig wurde soeben beschlossen, ab 1. März 10 Pfg. extra, also 60 Pfg. im ganzen zu erheben (Bravo! Die Red.) Der Vorsitzende erwähnte hierauf nochmals in begeisternden Worten die Vorstandstätigkeit wie alle Kollegen, ihre ganze Kraft für den Verband zu opfern, mehr noch wie bisher zu agitieren, damit wir in der nächstjährigen Generalversammlung über einen gewaltigen Rück nach Vorwärts berichten könnten. Mit einem dreimaligen donnernden Hoch fand die Generalversammlung ihr Ende. Mit neuem Mut und froher Begeisterung gingen die Kollegen auseinander, treu dem Vorjag: „Unsere ganze Kraft dem Verband.“

Frankenthal. Die Generalversammlung unserer Ortsgruppe am 17. Februar hätte in Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung, die jedem Kollegen zugesandt wurde, besser besucht sein dürfen. Es ist überhaupt seit letzter Zeit ein schlechter Versammlungsbeinisch zu verzeichnen. Wir hätten geglaubt daß die Nadaverammlung am 3. Januar in der Turnhalle, sowie die bevorstehenden Bewegungen dazu beigetragen hätten, daß unsere Kollegen einmal der besseren Einsicht folgen und nunter würden. Wenn wir hier unsere Position behaupten wollen, und das müssen wir als Christl. Arbeiter, dann ist es dringend notwendig, daß ein jeder Kollege auf den Posten ist und Eintritt für unsere gute Sache durch Agitation in Wort und Schrift und was nicht zu vergeßen ist durch Opferbereitschaft. Denn große Opfer werden wir bringen müssen, um unsere Anerkennung zu erkämpfen bei etwaigen hier vorkommenden Lohnbewegungen. Unsere nächsten Aufgaben sind daher Aufklärungsarbeit über den wahren Charakter der sozialdemokratischen Gewerkschaften und deren Führer. Um aber in dieser Weise Aufklärungsarbeit zu leisten, ist es aber vor allen Dingen notwendig, daß selbst unsere eigene Kollegen sich Aufklärung verschaffen, um im Kampfe und in der Agitation gerüstet dazustehen. Drum nochmals Kollegen, folgt der besseren Einsicht, besucht fleißig eure Versammlungen und studiert anmerklich euer Organ! Kollegen beherzigt das hier angeführte und handelt danach damit wir auch in diesem Jahre weiter vorwärts kommen. Die Parole muß lauten: „Immer vorwärts, niemals rückwärts.“

Das Resultat unserer Generalversammlung ist daß der seitherige 1. Vorsitzende, Kassierer und Schriftführer wieder gewählt wurden und 2. Vorsitzende Kollege F. Zipse, als Beisitzer die Kollegen Dauth, Priet und Engelmann. Der Antrag zur Erhebung eines wöchentlichen Ortsbeitrages von 10 Pfg. vom 1. März 1907 ab, fand einstimmig Annahme. Am Schluß fand eine lebhafte Diskussion statt über Lohnbewegungen, wobei manches Interessante zu Tage trat. So können sich in Zukunft alle Versammlungen gestalten, wenn der Vorstand auf Unterstützung von Seiten der Mitglieder rechnen kann. Jetzt heißt es agitieren von Mund zu Mund, damit sich unsere Zahl stetig vermehrt. Hoch unser herzlich: Metallarbeiter-Verband!

Dipe. Unsere Ortsgruppe, die am 5. Febr. 1906 gegründet wurde, hielt am Sonntag, den 17. Februar ihre erste gutbesuchte Generalversammlung ab. Der Vorsitzende Kollege Schmitt hielt einen kurzen Rückblick über das verfloßene Jahr. Es haben im Laufe des Jahres 3 öffentliche, 21 Mitgliederversammlungen und 17 Vorstand- und Vertrauensmänner-Sitzungen stattgefunden. Der Besuch der Mitgliederversammlungen war befriedigend. Der Vorsitzende legte den Kollegen ans Herz, daß dies in der Zukunft aber noch besser werden müsse. Hierauf wurde vom Kassierer der Rassenbericht erstattet. Es wurden an die Hauptkasse abgeschickt 722,40 Mk. Die Einnahmen der Lokalkasse waren 126,90 Mk. die Ausgabe 72,26, bleibt Lokalkassenbestand 64,04 Mark. Hieran fand die Vorstandswahl statt. Aus derselben gingen hervor: Kollege Franz Schmitt als erster, Johann Gummerschlag als zweiter Vorsitzender; Peter Arens als Kassierer, Anton Neuhaus als erster und Anton Falthe als zweiter Schriftführer. Ferner wurden die Kollegen

Franz Falthe und Rhetold Neuhaus als Vertrauensmänner gewählt. Der Kassierer erwähnte die Kollegen, in Zukunft die Beiträge gerade so pünktlich zu entrichten wie bisher, damit die Quartalsabrechnungen immer pünktlich fertiggestellt und abgesandt werden können. Weil die vormittags abgehaltenen Versammlungen besser besucht waren, wie die am Nachmittage, wurde beschlossen, beide monatlichen Versammlungen morgens 1/2 12 Uhr abzuhalten. Auch wurde mit Zustimmung sämtlicher anwesenden Mitglieder der Beschluß gefaßt, von jedem Mitgliede, welches beide monatlichen Versammlungen ohne genügende Entschuldigungen veräumt, eine Strafe von 10 Pfg. zu erheben, welche der Lokalkasse zuzufleßen soll. (Das ist doch wohl das richtige Mittel nicht, um die Kollegen in die Versammlungen zu bringen, und läßt sich auch sehr schwer durchführen. Die Red.) An die christlichen Metallarbeiter von Dipe ergeht der Ruf, unermüdet für den christlichen Metallarbeiterverband zu arbeiten und zu werben, getreu dem Wahlspruch: „Einigkeit macht stark.“

Misburg. Das vergangene Jahr war für unsere Ortsgruppe ein Jahr des Kampfes aber auch des Fortschritts. Trotz aller Schwierigkeiten, wobei insbesondere der schreckliche Indifferentismus zu nennen ist, sind wir ein gutes Stück vorwärts gekommen. Dieses konnte unser Vorsitzender Janil mit Genugtuung in unserer diesjährigen Generalversammlung in seinem Jahresbericht konstatieren. Bei dem Streik in der Schengelerlei Misburg—Amderten mußte unsere Zahlstelle die Feuerprobe bestehen. Sie hat sie gut bestanden, das zeigt unsere Entwicklung. Leider sind eine Anzahl „Auchkollegen“ nach dem Streik wieder fahnenflüchtig geworden. Dafür haben aber die andern Kollegen um so fester zum Verband gehalten und für die Organisation gearbeitet. So ist es auch gelungen, uns mehr als zu verdoppeln. Wir fingen das Jahr 1906 mit 9 Mitgliedern an und zählten am Jahreschluß 86 Mitglieder. Die Zahl würde noch größer sein, wenn alle Kollegen, ohne Ausnahme ihre Pflicht getan hätten. An Versammlungen hatten wir 2 öffentliche, 9 Mitglieder- und 16 Betriebs-Versammlungen. Der Rassenbericht konnte leider nicht erstattet werden, weil einige Vertrauensmänner noch nicht abgerechnet hatten. (Das sollte nicht vorkommen! Es geht doch nicht an Generalversammlung zu halten und den Tätigkeitsbericht zu erstatten, wenn die Kassengeschäfte noch nicht geklärt sind. Die Red.) Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt und dann noch wie folgt ergänzt: 2. Vorsitzender H. Maziosch, 2. Kassierer R. Stinuilich, 2. Schriftführer St. Smoylla, als Beisitzer Fr. Bucholz, L. Koptschnekl und J. Jarecki. Mit einem Appell zu reger Weiterarbeit wurde die Generalversammlung geschlossen.

Von den hiesigen Sozialdemokraten wird alles mögliche versucht, unsere Mitglieder irre zu machen und in den roten Verband zu bekommen. Insbesondere werden unsere polnische Kollegen von den roten Helfen umschmeichelt. Ist ihr Liebeswerben aber vergeblich, dann bringen sie es fertig, unsere Kollegen wegen ihrer polnischen Abstammung und ihrer Muttersprache zu verhöhnen. Leider sind die meisten unserer Mitglieder diesem Treiben gegenüber nicht schlagfertig genug. Darum Kollegen von Misburg, ist es die wichtigste Aufgabe der nächsten Zeit, uns zu schulen und zu stärken, damit wir allen Gegnern die Lärmermäuler stopfen können. Lest oder besser studiert unser Verbandsorgan, vor allem aber besucht fleißig unsere Versammlungen. In diesem Jahre wollen wir alle Hand ans Werk legen, dann werden wir weiter wachsen und gedeihen zu unserm eigenen Wohle.

Görlitz. Am 22. Februar fand hier eine Versammlung statt, in der Gewerkschaftssekretär Winter aus Berlin ein Referat hielt über die Aufgaben der christlichen Gewerkschaften in der deutschen Arbeiterbewegung. In klaren Zügen und an der Hand von Beispielen beleuchtete der Referent die wirtschaftliche und geistige Erhebung des Arbeiters und den Unterschied zwischen christlicher und sozialistischer Gewerkschaft. Zur Erhebung auf wirtschaftlichem Gebiet diene der Zusammenschluß der Arbeiter in den christlichen Gewerkschaften, zur Erhebung auf religiös-sittlichem Gebiet der Zusammenschluß in den konfessionellen Arbeitervereinen. An den Vortrag knüpfte sich eine rege Diskussion. Im Schlußwort erwähnte der Referent die Anwesenden, recht fleißig das Verbandsorgan zu studieren und auch sonst die christliche Presse zu benutzen und zu unterstützen. Mit einem kräftigen Appell, fleißig für die christlichen Gewerkschaften zu agitieren und treu zur Fahne zu halten, schloß der Referent seine begeisterten Ausführungen, welche mit großem Beifall aufgenommen wurden. Nun Kollegen von Görlitz! Gehen wir jetzt mit neuem Mut an die Arbeit und agitieren wir fleißig, damit wir in Jahresfrist unsere kleine Zahl verdreifacht haben. Jeder fleißige Agitator, dann kann der Fortschritt nicht ausbleiben.

Pforzheim. Im Saale zum „oberen Engel“ fand am 17. Februar eine von etwa 250 Arbeitern besuchte Versammlung der christlichen Gewerkschaften und der konfessionellen Arbeitervereine statt. „Christliche Gewerkschaften und konfessionelle Arbeitervereine“, so lautete das Thema, über das unser Bezirksleiter Kollosath sprach. Reiches Material wurde dem Redner zu teil, der an der Hand eines reichen Materials den Christl. Arbeitern bewies, daß nur in den Christl. Gewerkschaften ihr Platz sein kann.

An der Diskussion beteiligte sich ein „Genosse“ Schöder, der glaubte, den sozialdemokratischen Verband empfehlen zu müssen, wurde aber unter stürmischem Beifall der Anwesenden so abgefertigt, daß demselben jedenfalls für die Zukunft die Lust vergangen sein wird, seine Genossen-Weisheit in öffentl. Versammlung zum Besten zu geben. Kollegen von Pforzheim, an die Arbeit! Wenn jeder seine Pflicht tut, muß es im Jahre 1907 ein gut Stück vorwärts gehen.

Essen (Sektion Kleingewerbe). Sehr selten bis jetzt von unserer Sektion Kleingewerbe das Verbandsorgan in Anspruch genommen worden. Am 16. Februar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Wenn bis dato leider die Versammlungen schlecht besucht waren, so waren an diesem Abende die Kollegen zahlreicher erschienen. Unser Vorsitzender Kollege Philippen gab zunächst einen Rückblick über das verfloßene Jahr, das er seit der Gründung unserer Sektion. Begründet wurde dieselbe, um den Kollegen vom Kleingewerbe einen engeren Zusammenschluß zu ermöglichen. Die Sektion, die kleinste der Ortsverwaltung Essen, zählt zurzeit etwa 50 Mitglieder. Geplant war eine Lohnbewegung der Hufe- und Wagenschmiede. Hieron mußte leider wegen zu großem Indifferentismus Abstand genommen werden.

Die Vorstandswahl hatte folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Kollege Philippen, 2. Vorsitzender Kollege Ott, Schriftführer Kollege Gröne. Als Beisitzer wurden die Kollegen Böckels und Sättle gewählt. Da sich die Sektion über die ganze Stadt ausbreitet, wurde dieselbe in 4 Teile geteilt und zugleich vier Vertrauensleute gewählt: die Kollegen Ott, Lajcheid, Helle und Gröne. Nach der Wahl hielt Kollege Hohn einen Vortrag über die „Sozialgesetzgebung“. Darauf kamen noch die Unterstützungsvereine zur Sprache.

Nun Kollegen, Schlosser, Schmiede, Klempner die ihr bei den hiesigen Meistern noch so miserabl. Verhältnisse habt, endlich muß mal der Indifferentismus aus den Werkstätten weichen, damit auch mal für euch eine bessere Zeit anbricht. Besonders bei Hufe- und Wagenschmieden, welche hier die schlechtesten Verhältnisse haben, möchten wir zurufen: Wenn ihr wollt, daß das Ross- und Logiswesen, die überlang. Arbeitszeit aufhören, ihr für eure harte Arbeit einen angemessenen Lohn haben wollt, dann hintritt in die Organisation. Vorwärts immer, rückwärts nimmer, muß unsere Parole sein, dann werden wir es erleben, daß wir bald in der Kanonenstadt Essen bessere Verhältnisse einführen können. W. G.

Aus dem Siegerlande. Helf was helfen mag denken die G.-D. Agitatoren, und greifen zu allen erdenklichen Mitteln, um dem Mitgliederchwund zu steuern. Im Kreise Siegen-Wittgenstein-Biedenkopf war bekanntlich auch der Hirsch-Dundersche Bezirksleiter Ziegler-Röhl als Durchfalls-Kandidat aufgestellt worden. Nachdem nun die Wahl vorbei geht Herr Ziegler her und ladet seine Wähler hier und da zu einer Zusammenkunft ein, um mit seinen Getreuen einige Glas Bier zusammen zu trinken und denselben etwas zum Besten zu geben. So war es auch am 23. Februar in Weidenhausen; auch dort kam Herr Ziegler zu seinen Wählern und trank mit diesen zusammen einige Schoppen. Nebenbei hat Z. seinen Zuhörern auch wohl von den gewaltigen Wahlerfolgen der Gewerkevereinskandidaten erzählt und damit eine solche Begeisterung erweckt, daß in dieser Versammlung, freisinniger Wähler eine Hirsch-Dundersche Ortsgruppe geboren wurde. Daß man die unorganisierten Arbeiter für den gewerkschaftlichen Gedanken zu gewinnen versucht, ist das gute Recht jeder Arbeiterberufsorganisation. Aber das Vorgehen des Herrn Ziegler in Weidenhausen, wo er erst unter falscher Flagge seinen Einzug hielt, um sich ein bezeichnendes Licht auf die so oft und so laut gepredigte parteipolitische Neutralität in den Hirsch-Dunderschen Gewerkevereinen. Es muß noch traurig bestellt sein mit einer Organisation die sich ihres Namens schämt und unter falscher Flagge Mitglieder zu kapern sucht.

Wallau. Am Sonnabend, den 23. Februar er. hielten wir hier eine öffentliche Versammlung ab, in welcher Sekretär Buchner aus Siegen, referierte. Er wies zunächst darauf hin, wie durch die sozialdemokratische Niederlage bei der Wahl jetzt die Bahn frei wäre für das Aufblühen der christl. natl. Arbeiterbewegung und daß es jetzt nur noch an uns selber liegt, diese Zeit auszunützen und unsere Bewegung zu stärken. Damit wird der Regierung zu erkennen gegeben, daß es noch eine große Zahl deutscher Arbeiter gibt, die nicht gewillt sind, den Lügenphrasen der Sozialdemokraten zu folgen, sondern auf dem Boden der jetzigen Staatsordnung ihre Lage zu verbessern suchen.

Kollegen! Durch das starke Schneegestöber war es zu entschuldigen, daß die Versammlung nicht so gut besucht war, wie es zu wünschen gewesen wäre; aber in Zukunft muß es anders werden; es wäre unbegreiflich, wenn es von unserer Zahlstelle heißen sollte, daß wir nicht mehr Idealismus für unsere Sache hätten und sich die Begeisterung durch etwas schlechte Bitterung herunterdrücken ließe. Jeder, der dem interessanten Vortrag beivohnte, ist sicher mit dem Verwunschn nach Haus gegangen, daß er an seinem Teile in Zukunft dazu beitragen will, die indifferenten Kollegen zu bewegen, sich doch auch unsem Verbande anzuschließen. Wenn jeder hierin seine Schuldigkeit tut, dann wird über kurz oder lang auch jeder erfahren, daß er von seiner Saat die Früchte ernten kann. Kein deutscher Arbeiter, der denken gelernt hat, wird sich durch Wohlfrühtsereinrichtungen seiner Rechte entäußern. Auch soll man es für undankbar halten, daß Arbeiter auf einer solch moralisch niedrigen Stufe stehen bleiben können, sich durch ihre Kameraden, die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen und sich somit zu Almosen-Empfängern herabwürdigend. Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, durch intensives Arbeiten ein reges Leben in unserer Zahlstelle zu entfalten. Auf zur Arbeit, zur Tat!

Baden-Baden. Am Sonntag, den 17. Februar fand im oberen Saale des Schützenhofes eine gutbesuchte Gewerkschaftsversammlung statt. Kartellvorsitzender Kollege Groß erteilte nach Eröffnung der Versammlung Gewerkschaftssekretär Ferruges aus Offenbach a. M. das Wort.

Referent verbreitete sich in seiner Rede über die Lage des Arbeiterstandes und die Notwendigkeit der Organisation in christlichen Gewerkschaften. Ausgehend von der Punktzeit des Mittelalters, welche bei Hoch und Nieder vom Geiste echten Christentums durchdrungen gewesen sei, betonte Redner, wie diese christliche Gesinnung mit der Zeit der fortschrittlichen Freiheit gewichen sei, doch habe diese Freiheit dem arbeitenden Volke nicht die erhofften Rechte gebracht, es vielmehr zum Sklaven des Kapitalismus gemacht. Erst seit dem tatkräftigen Einsetzen der Gewerkschaften sei es gelungen, die Lage des Arbeiterstandes zu heben und neben den Pflichten dem Arbeiter auch Rechte einzuräumen. Pflicht eines jeden christlichen Arbeiters sei es daher, sich zu organisieren und den auf christlicher Grundlage aufgebauten Gewerkschaften beizutreten. Nur auf diese Weise werde der Kampf, der sich auf wirtschaftlichem Gebiete abspiele, und auch ein solcher um die christliche Weltanschauung sei, mit Erfolg geführt werden. Redner schloß seine mit Begeisterung aufgenommenen Ausführungen mit den Worten des großen Arbeiterhelden von Ketteler, daß die christlichen Arbeiter berufen seien, die soziale Frage zu lösen. Eine recht lebhaft allseitige Diskussion schloß die Versammlung.

Bruchsal. Aus dem Jahresbericht unserer Ortsgruppe in der Generalversammlung geht hervor, daß es endlich einmal möglich war, mit der christlichen Organisation am hiesigen Platze festen Fuß zu fassen. Was für Mühe es kostet, Indifferente von der Zugehörigkeit zur Organisation zu überzeugen, braucht man keinem Gewerkschaftler lange klar zu machen. Dazu werden von den gegnerischen Verbänden alle Hebel in Bewegung gesetzt, um ein Ausschließen der christlichen Organisation zu vereiteln. Wie es oft vorkommt, so auch hier, wo der rote Verband die Mitglieder von anderen Verbänden ganz ausschaltet, als würden sie überhaupt nicht existieren. Wenn es ihnen so arg um die Arbeiterwohlfrüht zu tun ist, so müssen sie andere Verbände doch auch in Betracht kommen lassen, um eine Bewegung auch

erfolgreich durchzuführen. Hier wird der Zeitpunkt auch noch kommen, daß sie mit uns zu rechnen haben. Die hiesige Ortsgruppe wurde im April 1906 mit einigen Mitgliedern gegründet. Im 2. Quartal waren es 59, am Schlusse des 2. Quartals 64, am Schlusse des 3. Quartals 70, am Jahresschluß 65 Mitglieder. Versammlungen wurden abgehalten: Monatsversammlungen 9, öffentliche 1, Vorstandsvor-Vertrauensmännerversammlungen 12. Aus dem Rechenschaftsbericht geht hervor, daß an die Zentrale 975.30 Mk., an die Bezirkskasse 83.53 Mk. abgeliefert wurden.

Als Vorstandsmitglieder wurden gewählt: Kollege Sohn 1., Bachman 2. Vorsitzender; Ledt Kaffierer, Wehstein Schriftführer. Als Beisitzer Dirichmüller und Merz. Vertrauensleute: Degenhart, Regato, Kling. Der Vorsitzende schloß mit einem Hoch auf den christlichen Metallarbeiterverband unter dem Hinweis, daß ein jeder Kollege als Agitator einsetzen solle, um den Verband auch hier hoch zu bringen.

H. W.

Scherfede. Auch unsere Kollegen im Westfälischen raffen sich auf, um in die Reihen der christlichen Metallarbeiter mit einzutreten als Kämpfer für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Am Samstag, den 23. Februar fand eine gutbesuchte Versammlung im Gasthaus Kimbert in Scherfede statt, wo 24 Kollegen anwesend waren. Kollege Alsfeld-Kassel führte in kurzen Zügen die Ziele und den Zweck der Organisation den Kollegen vor Augen, was allgemeine Zustimmung fand.

Hierauf wurden von verschiedenen Kollegen Mißstände in den hiesigen Betrieben vorgebracht; z. B., daß ein verheirateter Kollege in 14 Tagen lade und schreibe 29 Mk. verdient. Also Kollegen von Scherfede, haltet an dem angefangenen Werk fest und ruhet nicht eher, bis der letzte Kollege im christlichen Metallarbeiterverbande ist, zum Segen der Kollegen von Scherfede und Umgegend. Das wolle Gott. Hoch die christliche Organisation.

Literarisches.

Die erfolgreiche Reklamation gegen zu hohe Steuerungsveranlagung,

so betitelt sich ein Schriftchen, das für jeden Steuerzahler ein praktischer Ratgeber sein will. Der Verfasser, ein Steuersekretär, hat sich zur Aufgabe gemacht, alles das zusammenzustellen, was jeder Steuerzahler wissen muß um seine Einschätzung nachzuprüfen. Gleichzeitig sind Musterreklamationen beigelegt, welche für den Steuerzahler von besonderem Interesse sind. Am Schlusse ist noch das neue Einkommensteuergesetz abgedruckt. Preis des Schriftchens Mk. 1.30 und ist durch den Verlag von L. Schwarz und Comp. Berlin S. 14, Dresdenerstr. 80, zu beziehen.

Kann ein evangelisch-nationaler Arbeiter sich den Christ-Dunkerischen Gewerkschaften anschließen?

Unter diesem Titel ist im Verlag des evangelischen Arbeitersekretariats Hagen i. W. eine Broschüre erschienen, die bei dem gegenwärtigen heißen Bemühen der G.-D. Führer, in den evangelischen Arbeitervereinen Halt und Stütze zu suchen, besonders aktuell ist. Wir kommen noch näher auf diese Schrift zu sprechen.

Briefkasten.

Kollege H. Hagen. Wenn rote Agitatoren wie Spiegel und Geröffen öffentlich die blödsinnige Behauptung aufstellen, in dem ersten Statut des christlichen Metallarbeiterverbandes sei die Bestimmung enthalten gewesen, daß abwechselnd ein katholischer und dann ein evangelischer Geistlicher Präses sein solle, so laßt euch von diesen Lügenpetern einmal das betreffende Statut zeigen mit einem solchen Paragraphen. Das wird diesen Heiden ganz und gar unmöglich sein, da kein wahres Wort daran ist. Mit solchen Klagen machen sich diese großen Geister bei empfindenden Menschen nur grenzenlos lächerlich.

Kollege D. Nürnberg. Gewiß ist eine Tageszeitung kein Verbandsorgan und kann deshalb auch eher einmal handwurmllange Polemiken bringen. Es ist uns ganz und gar unmöglich, alle einlaufenden Polemiken ungekürzt zu bringen, da

sonst unsere 8 Seiten nur noch eine Polemik gegen unsere Gegner darstellen würden. Das geht aber doch nicht. Also darum keine Feindschaft nicht!

Au Verschiedene. Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß Montags abends 6 Uhr Schluß der Redaktion ist. Alle Notizen für die betreffende Nummer müssen bis zu diesem Zeitpunkt in unsern Händen sein, sonst können sie keine Aufnahme mehr finden.

Sterbetafel.



Vingst. Unser Kollege Gerh. Bosenbach starb am 13. März an Lungentuberkulose.

Hannover. Am 16. März starb unser Kollege Geinr. Rasch, der Vorsitzende der Sektion Hannover, nach schwerem Leiden infolge eines Nierenleidens.

Duisburg I. Unser Mitglied Wilh. de Cleur starb am 15. März.

Ehre ihrem Andenken!

Agitationsbezirk Nordbayern.

Für unsern Bezirk wurde ein Sekretariat errichtet mit dem Sitz in Nürnberg. Die Geschäfte der Bezirksleitung sind dem Sekretariat übertragen und alle diesbezüglichen Zuschriften an Adolf Konrad, Nürnberg, Tucherstraße 20, zu richten.

Versammlungs-Kalender.

- Ermerhagen.** Am 14. Tage Freitags bei Raka, Deich 55, Biersheim. Sonntag, den 24. März, nachmittags 4 Uhr im Lokale Hüpper an der Rheinbrücke.
- Braunschweig.** Karfreitag, den 28. März, nachmittags 4 Uhr Mitgliederversammlung in der Reichshalle, erscheinen aller notwenig.
- Horbst-Schönebeck.** Sonntag, den 24. März, morgens 11 Uhr bei Hausmann.
- Pestrop.** Sonntag, den 24. März, nachmittags 8 Uhr bei Trosmann.
- Darmstadt.** Jeden ersten und dritten Freitag im Monat bei Grohe (kleiner Saal), Karlstraße.
- Duisburg I.** Sonntag, den 24. März, morgens 11 Uhr bei Koppenburg, Wanheimerstr., von 10 Uhr an Vorstandsvor-Vertrauensmännerversammlung.
- Dortmund.** Nächste Versammlung am 2. Osterstage, morgens 11 Uhr bei Zimmermann, Südoberstr. Freitag, den 29. März Vorstandsvor-Vertrauensmännerversammlung.
- Durlach.** Am 28. März, Gründonnerstag, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Bahnhof. — Samstag, den 3. März, findet eine allgemeine christliche Gewerkschaftsversammlung in Karlsruhe statt, Lokal Palmengarten, wozu die Kollegen von Durlach hiermit eingeladen sind.
- Dellwig.** Sonntag, den 24. März, abends 6 Uhr. Vollständiges Erscheinen dringend gebeten.
- Effen-Gegezeith.** Sonntag, den 24. März, abends 8 Uhr, bei Ruff.
- Effen-Altendorf.** Sonntag, den 24. März, abends 7 Uhr, bei Witt.
- Gelsenkirchen-Schalke.** Sonntag, den 24. März, vorm. 11 Uhr Versammlung mit Vortrag bei Wegner.
- Gelsenkirchen-Bulmke.** Sonntag, den 24. März, vorm. 11 Uhr Versammlung mit Vortrag bei Reschde.
- Hannover.** Sonntag, den 24. März, nachm. 4 Uhr Versammlung im Kriegerheim, Hannover, Nikolastraße 10.
- Sche berg.** Jeden ersten und dritten Sonntag im Monat abends 8¹/₂ Uhr im Restaurant Loibel, Mohrhaferstraße 47.
- Heilbronn.** Jeden ersten Samstag im Monat abends 8 Uhr im Schönländer Hof.
- Hoben.** Jeden ersten Donnerstag im Monat bei Volheim, Marienfelder Mitgliederversammlung.
- Hersloh.** Unsere Mitgliederversammlungen finden von jetzt ab statt im Lokale des Herrn Dageleben, Mühlenstraße. Die Adresse unsrer Vorsitzenden lautet: Heinrich Brott, Hersloh, Kriegerstraße 4. Die Adresse uners Kassierers: Aris Brott, Hersloh, Brünenweg 29. Derselbe zahlt auch die Unterstüngen aus und war Mittags von 12—1¹/₂ Uhr, Abends von 7—9 Uhr.
- Kiel.** Jeden ersten und dritten Samstag im Monat abends 8¹/₂ Uhr im Vereinslokal Kleine Börse.
- Kattowig.** Jeden Sonntag nach den 1. und 15. eines jeden Monats, vormittags 11 Uhr, im Gesellschaftshaus, Grundmannstraße.
- Kass.** Sonntag, den 24. März, morgens punkt 10 Uhr bei Schorrot.
- Alaca.** Sonntag, den 24. März, nachm. 5 Uhr bei WBLmann.
- Misburg.** Samstag, 23. März, abends 8 Uhr, Versammlung mit Vortrag des Bezirksleiters Wallbaum-Vielersfeld.
- Oßlig.** Sonntag, den 24. März, vorm. 11 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung.
- Olye i. Westf.** Jeden ersten und dritten Sonntag im Monat vorm. 1¹/₂ Uhr bei Geismister Kemper.
- Pirmasens.** Jeden ersten Sonntag im Monat vorm. 11 Uhr bei Marx, Löwenbrunnenstraße.
- Siegburg.** Jeden zweiten und vierten Sonntag im Monat punkt 11 Uhr Versammlung im Siegburger Hof eine Treppe hoch.
- Wallau.** Samstag, den 23. März, abends 8¹/₂ Uhr öffentliche Versammlung in Weisenbach bei Ehr. Wendel IV. Ref. Gewerkschaftssekretär Buchner, Eisen.
- Witten.** Sonntag, den 24. Febr. nachm. 5 Uhr.
- Werden.** Samstag, den 23. März, abends 8¹/₂ Uhr, bei Schult, Grafenstraße 10.